6. Jahrgang — Nr. 68

Dienstag, 21. März 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr. 6602, Eisleben 302. Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eisleben Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen besonders ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Mitteilungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit auf telephonischem wie auch auf schriftlichem Wege von der Redaktion entgegengenommen.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf-Nummer 5497. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 10,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungsgebühr oder wöchentlich 3,0 Mk. Durch die Post einschließlich der Zustellungsgebühren 12.— Mk. Für Abholer an den Ausgabestellen 11.— Mk monatlich. Einzelnummer 60 Pfg. Anzeigenpreise: im 8spaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,20 Mk., im 3gespaltenen Textteil 6.— Mk. einschließlich der Anzeigensteuer. Aufnahmetermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung.

Kongreß der sozialistischen und kommunistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs.

K. R. Auf Einladung der Leipziger und Berliner Ortsgruppen tagten im Leipziger Volkshaus vom 15. bis 17. März die sozialistischen und kommunistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreich. Ziel der Tagung war von vornherein ein Zusammenschluß der beiden Richtungen. Außer einer Anzahl von Gästen hatten die beiden sozialistischen Richtungen 27 Delegierte entsendet, die Kommunisten 24. Wien, Graz, Berlin, Leipzig, München, Kiel, Halle, Jena, Heidelberg, Frankfurt, Marburg, Düsseldorf, Bonn, Hamburg und Köthen waren stimmberechtigt vertreten, außerdem überbrachten im Namen der kommunistischen Studenten Vertreter von der Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Jugoslawien, Bessarabien, Ungarn und Norwegen dem Kongreß ihre Grüße und die besten Wünsche für die Verhandlungen.

Die hauptsächlichsten Referate: „Organisationsfragen prinzipieller Natur" (Ref. Stammer-Leipzig, SPD.; Korrf. Weiß-Berlin KPD.); „Student und Proletarier" (Ref. Schiffel-Leipzig USP., Korrf. Fink-Prag KPD.); „Student und Wissenschaft" (Ref. Wittfogel-Berlin, KPD.); „Jugendbewegung" (Ref. Kluthe-Magdeburg, KPD., Korrf. Lebeck-Berlin SPD.); „Hochschulpolitik" (Ref. Jakobs-Berlin, KPD., Korrf. Preller-Dresden, SPD.) mit anschließender Debatte nahmen den größten Teil der ersten beiden Verhandlungstage in Anspruch. Der 3. Tag war mit Kommissionsberatungen angefüllt, deren Ergebnisse dann das Organisationsstatut und Aktionsprogramm des neugegründeten Bundes waren.

Der Kongreß brachte die einheitliche Wahl des Vorstandes, der sich proportional der vertretenen Stimmen aus 7 Mehrheitssozialisten und Unabhängigen und 5 Kommunisten zusammensetzt: Stammer, Mänden, Reventlow (SPD.), Schiffel, Seeger (USP.), Dr. Wiener, Gudlohn (Oesterreich), Bergmann, Jakobs, Hartwig, Wittfogel und ein weiterer Genosse (KPD.).

Dies sind zahlenmäßig die Ergebnisse des Kongresses. Für den, der nun unter Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung zurückblicken kann, zwei, drei Jahre, vor Entstehung und Ausbreitung des sozialistischen Gedankens an den Hochschulen miterlebt hat, für den war diese Tagung ein Anfang zur Einigung. Schon nach der Revolution fanden sich einmal die sozialistischen Studenten zusammen, glaubten in erster Begeisterung den gleichen Weg gehen zu können, ohne vorerst bei sich Klarheit geschaffen zu haben. Diese Klarheit kam durch den ernüchternden Einfluß der Zeit und die in ihr sich vollziehenden Ereignisse. Es zwang die jungen Menschen, ihre gefühlsmäßige und rein idealistische Einstellung zu korrigieren. So entstand einmal die Spaltung in zwei Lager, das sozialistische und kommunistische, andererseits die große geistige Enttäuschung, die immer dann kommt, wenn rein gefühlsmäßig eingesetzte Kraft scheinbar umsonst gewesen ist. Die Gruppen innerhalb dieser beiden Lager zerfielen nach und nach und seit dem Herbst 1920 bestand keine einheitliche Reichsorganisation mehr.

Damit beginnt ein neues Kapitel der Bewegung: an den Hochschulen fangen einzelne Genossen und Genossinnen ganz von vorn und im kleinsten Rahmen an, durch persönliche Einwirkung und zähes Suchen kleine Ortsgruppen zusammenzubringen. Es gelingt ihnen auch. Diese neuen Gemeinschaften aber umschließen in der Mehrzahl Menschen, die sich bereits mit den bestehenden Parteispaltungen auseinandergesetzt haben und dadurch zum Durchdenken der verschiedenen Einstellungen gezwungen waren. Daraus resultierte feste Entscheidung und Begründung für einen der Wege oder, wenn man sich nicht entschied, das Wissen um die Gründung der Enthaltung. Die neu entstehenden Ortsgruppen schieden sich in der Mehrzahl sofort in sozialistische und kommunistische Gruppen — Ausnahmen davon machten nur München und Leipzig, die den Weg der Zusammenarbeit bei ihrer Gründung fanden. Aus diesen Gemeinschaften, die gerade in ihrer klareren Einstellung zur größeren Achtung vor den anders gesinnten studentischen Genossen kamen, entstand der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit.

So kamen die Delegierten auf diesem Kongreß zusammen, noch ungewiß, ob der Zusammenschluß erfolgen würde, aber in aufrichtigem gegenseitigen Bestreben, die Formel zur Einigung zu finden. Wie mußte diese Formel beschaffen sein? Selbstverständlichkeit war für beide Seiten, daß man es zu keiner Diskussion über prinzipielle Fragen von Sozialismus und Kommunismus kommen lassen, keine Ueberzeugungstaktik einschlagen durfte, sondern in ehrlicher Anerkennung gegensätzlicher Einstellung versuchen mußte, die Punkte herauszuheben, die ein Zusammengehen ermöglichten. Es waren deshalb sämtliche Referate und Korreferate auf einen theoretischen Teil eingestellt, der noch einmal die grundsätzliche Stellung zur betreffenden Frage formulierte, und einen praktischen, in dem man versuchte, den gemeinsamen Weg aufzuweisen, dessen Beschreiten für die Erreichung beiderseitiger Wünsche am vorteilhaftesten war. So fand man einheitliche Formulierungen im Kampf für Lehr-, Lern- und Koalitionsfreiheit an den Hochschulen, im taktischen Zusammengehen in den Asias, in der Bekämpfung der wirtschaftlichen Not, gegen den Mißbrauch der Hochschule zur Unterstützung arbeiterfeindlicher Organisationen, in gemeinsamer Bildungsarbeit auf marxistischer Grundlage und in vielen anderen Punkten, deren Zusammenfassung in ein Aktionsprogramm schließlich einheitliche Richtlinien ergab, welche Vorbedingungen für das Organisationsstatut waren.

So ist nun dieser neue Verband entstanden, dessen Hauptkennzeichen sind: Gliederung in zwei Fraktionen SPD. und USP. einerseits, KPD. andererseits, absolute Anerkennung der prinzipiellen Gegensätzlichkeit, Zusammengehen zur Zielerreichung auf gemeinsamen Wegen, Einstellung auf praktische Arbeit und Gewährung größtmöglichster Bewegungsfreiheit an die einzelnen Ortsgruppen, die Arbeit im Sinne der einheitlichen Richtlinien vorausgesetzt.

Die Formulierung dieses Aufgabenkreises konnte nur herauswachsen aus einer Stimmung, die eigentlich von einer „Stimmung" nichts spüren ließ. Von „Gefühlen", „Weltanschauung" und „Ideen" wurde mit einigen Ausnahmen recht wenig gesprochen. Der Grundton der Tagung war nüchtern, praktisch, zielbewußt. Nur hier und da klang etwas anderes drein, wenn die ausländischen Gäste vom Stand ihrer Bewegung, ihren Kämpfen, ihren Leiden erzählten, wenn aus den Worten des Russen, des Norwegers, Italieners, Bessarabiers gemeinsame Ziele auftauchten und momentweise dem Wort „international" Fleisch und Blut verliehen.

Die Leipziger Tagung war ein Werktag. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit dieses Werktages nicht umsonst geleistet wurde und durch ihn einst Stunden kommen, die im Rückblick auf den Erfolg von Gemeinschaftsarbeiten einmal festlich sein dürfen.

Auf Genua zu.

Wer führt die deutsche Delegation?

Abschluß der deutschen Vorbereitungen. — Rathenau, Führer der Delegation. — Auch Wirth fährt wahrscheinlich nach Genua.

Berlin, 21. März. Wie verlautet, sind die deutschen Vorbereitungen zu Genua zu einem gewissen Abschluß gelangt. Vorerst wird sich das Kabinett bereits in seiner Sitzung, die heute stattfinden wird, mit dem Ergebnis der Vorbereitungen befassen. Ueber die Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genua wird mitgeteilt, daß die zuständigen Ministerien des Auswärtigen Amts, das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium und das Wiederaufbauministerium durch ihre Staatsminister oder Staatssekretäre vertreten sein werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde nach mehreren Blättern Dr. Rathenau die Führung der Delegation übernehmen. Der „L.-A." erklärt, das schließe aber nicht aus, daß auch Reichskanzler Wirth nach Genua fahre. Er werde sich bestimmt einige Tage in der Konferenz aufhalten.

Rom, 21. März. (Ag. Havas.) Nach Mitteilung des Generalsekretariats der Genueser Konferenz müssen sich alle ausländischen Pressevertreter von ihren Regierungen Sonderausweise ausstellen lassen. Das Quartierbüro des Generalsekretariats in Genua wird diesen nach Vorlegung des erwähnten Ausweises eine Sonderkarte ausstellen, die ihnen das Recht gibt, die den Pressevertretern gewährten Rechte zu genießen.

Teilnahme des Internationalen Arbeitsamtes?

Berlin, 21. März. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, der gestern auf der Durchreise von Polen nach London in Berlin weilte, erklärte in einem Gespräch mit einem Redaktionsmitglied des „Vorwärts", daß die Frage noch der Mitwirkung des internationalen Arbeitsamts in der Wiederaufbaukonferenz in Genua, daß Lloyd George, als Thomas ihm im Auftrage des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes die Mitwirkung des Arbeitsamtes auf der Konferenz anbot, mit einer etwaigen Zuziehung des Arbeitsamtes als einer technischen Beratungsinstanz durchaus einverstanden war. Auch Poincaré und Bonomi hätten nichts dagegen einzuwenden gehabt. Das internationale Arbeitsamt habe sehr umfangreiches statistisches und wissenschaftliches Material gesammelt, und zwar über die Produktion in den verschiedenen Europa-Ländern, über die gesetzgeberischen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjetrußland und über die Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit in Europa.

Lloyd George wird für Genua ein Vertrauens-Votum des Parlaments erhalten.

London, 21. März. Gestern vormittag fand unter dem Vorsitz von Chamberlain in der Downing Street ein Kabinettsrat statt. Wie gemeldet wird, sind der Schatzsekretär Sir Robert Horne und der Hauptteilnehmer der Liberalen Mac Curdy, die gestern nachmittag aus Crittleth nach London zurückzukehren beabsichtigten, von Lloyd George zu weiteren Beratungen zurückgehalten worden. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" weist darauf hin, daß zwischen der Beendigung des Erholungsurlaubs Lloyd Georges und dem Beginn der Genueser Konferenz zehn Tage liegen. Lloyd George werde wahrscheinlich in dieser Zeit zur Wiederherstellung seiner Autorität ein Vertrauensvotum vom Parlament erlangen. Es könne kaum bezweifelt werden, daß er dies Vertrauen erhalten werde. Auf jeden Fall könne eine Debatte über Genua erwartet werden.

Die Londoner Vorkonferenz.

Englisch-italienisch-französisch-belgischer Standpunkt.

London, 21. März. Die alliierten Sachverständigen für die gestern begonnene Vorkonferenz trafen am Sonntag hier ein. Das britische und das italienische Memorandum haben vieles miteinander gemein, ebenso andererseits das französische und das belgische.

Deutschlands Reparationsleistungssoll für 1922.

720 Millionen Goldmark in bar, 1400 Millionen Goldmark in Sachleistungen.

Paris, 21. März. Aus Havre wird gemeldet: Die Reparationskommission hat bei ihrer Beratung über die Zahlungen Deutschlands im Jahre 1922 bereits Entscheidungen getroffen, die darauf hinauslaufen, den Hauptgrundsatz einer Finanzkontrolle, besonders über die Zölle, zuzulassen. Außerdem wird Deutschland verpflichtet sein, den Zollbetrag von seinen ausgeführten Naturalleistungen in bar zu zahlen. Für das Jahr 1922 soll Deutschland ein Moratorium auf der in Cannes vorgesehenen Grundlage gewährt werden, nämlich: 720 Millionen Goldmark in bar und 1400 Millionen Goldmark in Waren, anstatt der 2 Milliarden Goldmark und der 26 Prozent für die Ausfuhr.

Zurückziehung der amerikanischen Rheinbesatzung zum 1. Juli.

Washington, 21. März. Der Staatskommissar für das Kriegswesen Weeks hat gestern angeordnet, die z. Zt. am Rhein befindlichen amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli zurückzuziehen.

*

Hoffentlich ist das der Anfang zur Zurückziehung der Ententetruppen in ihrer Gesamtheit aus den Rheinlanden, damit der Skandal der Milliardenverschwendung für unproduktive Zwecke endlich aufhört.

Eine vernünftige belgische Rede.

Für Aenderung des Versailler Vertrages und sofortige Aufhebung der Rheinlandbesetzung.

Köln, 21. März. Bei einer von der Sozialdemokratischen Partei Kölns abgehaltenen Kundgebung für die Internationale, wieder Führer der belgischen Sozialdemokraten Henry de Man u. a. darauf hin, daß er nicht nach Deutschland gekommen sei, um Freude zu haben an dem Bilde der hier herrschenden Verelendung. Immer mehr scheint die Ansicht durchzudringen, daß kein Staat aus dem Weltkriege als Sieger hervorgegangen sei. Die Fortsetzung der Macht- und Bedrohungspolitik führe zum Bankerott. Die Kriegskosten müssen aus den Reparationen gestrichen und ein tatkräftiger Wiederaufbau sofort in die Wege geleitet werden. Henry de Man schloß seine Ausführungen mit der Forderung der Aenderung des Versailler Vertrages und der sofortigen Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes.

Der kranke Lenin. Zur ärztlichen Beratung Lenins wurde Geheimrat Dr. G. Klemperer, Direktor der inneren Abteilung des Krankenhauses Moabit, nach Moskau berufen.

Gegen einen weiteren Abbau der Getreidewirtschaft.

Auf Veranlassung des oldenburgischen Ministerpräsidenten Janen hatten sich in den letzten Tagen Vertreter der oldenburgischen Landwirtschaft und der Konsumenten zu einer gemeinsamen Beratung über die künftige Ernährungswirtschaft zusammengefunden. Die Aussprache, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten stattfand, ergab als Resultat die einstimmige Ansicht, daß ein weiterer Abbau des Getreidemonopols verfrühte zurzeit nicht angebracht sei. Auch die gegenwärtige Lage in der Kartoffelversorgung erfuhr allseitig schärfste Verurteilung. Die Vertreter der Städte, darunter der Oberbürgermeister von Oldenburg, Dr. Görlitz, forderten auch für die Kartoffeln in Zukunft das Umlageverfahren. Die Vertreter der Landwirtschaft sprachen sich dagegen aus (!), erkannten aber an, daß es wie bisher nicht weitergehen könne, und empfahlen direkte Belieferung durch die Erzeugerverbände an die Verbrauchsorganisationen eines gewissen Quantums zu einem gemeinsam festzusetzenden Preise. Im letzteren Sinne äußerte sich auch der Ministerpräsident. Ministerpräsident Tantzen hatte die Aussprache besonders zu dem Zweck veranstaltet, um auf der in Berlin stattfindenden Konferenz der Ernährungsminister das notwendige Material in der Hand zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220321-19/fragment/page=0001

Die Vermögenssteuer ab 1. Januar 1923.

Reichstag.

Kampfhahn Helfferich und das „Schicksal der unglücklichen Kapitalisten". — Rahmann gegen Helfferich. — Geschlossener Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge. — Die Kirchen brauchen keine Steuern zahlen, aber die Sparkassen werden gefährdet.

S.P.D. **Berlin, 21. März.**

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung stand die zweite Lesung der einzelnen Steuervorlagen, beginnend mit der Vermögenssteuer.

Präsident Loebe teilt mit, daß nach dem Wunsch des Aeltestenausschusses die zweite Lesung der Steuervorlagen in dieser Woche unter event. Benutzung einiger Abendstunden beendet werden soll.

Nach dem Ausschußantrag soll ab 1. Januar eine Vermögenssteuer erhoben werden, die betragen soll:

Von den ersten angefangenen oder vollen		
250 000 Mark	1	vom Tausend,
für die nächsten 250 000 Mark	1½	vom Tausend,
für die nächsten 250 000 Mark	2	vom Tausend,
für die nächsten 250 000 Mark	3	vom Tausend,
für die nächsten 1 Million Mark	4	vom Tausend,
für die nächsten 2 Mill. Mark	5	vom Tausend,
für die nächsten 3 Mill. Mark	6	vom Tausend,
für die nächsten 3 Mill. Mark	7	vom Tausend,
für die nächsten 5 Mill. Mark	8	vom Tausend,
für die nächsten 10 Mill. Mark	9	vom Tausend,
und für die weiteren Beträge	10	vom Tausend.

Auf die Dauer von 15 Jahren erhöht sich die Steuer um einen Jahreszuschlag von 100 Prozent für die ersten, von 150 Prozent für die nächsten 250 000 M. und um 200 Prozent für die weiteren Beträge.

Die Verhandlungen nahmen bei leidlicher Besetzung des Hauses einen im allgemeinen ruhigen Verlauf. Nur der ewige Kampfhahn Helfferich versuchte

eine kleine Sensation.

Er war nicht damit zufrieden, daß auf der Regierungsbank der Reichsfinanzminister, sein Staatssekretär und zwei Ministerialdirektoren das Trommelfeuer der Helfferischen Beredsamkeit über sich ergehen ließen, er wollte unbedingt den Reichskanzler persönlich vor die Klinge haben. Mit Recht erwiderte Hermes später dem anspruchsvollen Helfferich, daß der Reichskanzler doch noch etwas mehr zu tun habe, als nur Reichstagsreden anzuhören, und die Linke erinnerte Herrn Helfferich durch Zurufe daran, daß in den Tagen seiner wilhelminischen Ministerherrlichkeit es dem Reichskanzler und den Ministern nicht eingefallen sei, so häufig im Reichstage zu erscheinen, wie jetzt in den Zeiten der Republik. Sachlich war Helfferichs Rede wieder ein düsterer Klagegesang auf das

Schicksal der unglücklichen Kapitalisten,

die durch das Steuerkompromiß ausgeplündert würden. Er rechnete durch halsbrecherische Kunststücke aus, daß die Kapitalisten um 130 Proz. und mehr ihres Vermögens und Einkommens gebracht würden. Uebertreibungen, die nur lächerlich wirken konnten. Genosse Kahmann trat Herrn Helfferich in einer wirkungsvollen Rede entgegen und erinnerte diesen Mann, der jetzt in leidenschaftlichen Haßworten gegen die Ausräuberung Deutschlands durch die Entente wettert, an die Kriegsreden, die denselben Geist atmeten, der uns jetzt bedrückt.

Nachstehend lassen wir einen kurzen Auszug aus der

Rede des Genossen Kahmann

folgen:

Wenn das deutsche Volk im Juni 1920 einen Reichstag gewählt hätte, der über eine stärkere Linke verfügte, dann sähe das Steuerkompromiß und mit ihm die Vermögenssteuer ganz anders aus. Wir müssen uns mit dieser Tatsache abfinden und haben daher aus inner- und außenpolitischen Gründen immer positiv mitgearbeitet am Aufbau der deutschen Republik. Wir haben verzichtet auf eine sehr

bequeme Agitationsstellung,

die den arbeitenden Massen sehr teuer zu stehen gekommen wäre. Wir geben zu, daß wir auf einen Teil unserer Forderungen verzichten mußten. Aber ebenso wichtig ist, daß die anderen Parteien wesentliches Entgegenkommen zeigen mußten. Wenn es wahr wäre, daß der Besitz durch die neuen Steuern nicht getroffen worden ist, dann würde

die Empörung des Herrn Helfferich

und seiner Freunde nicht so groß sein. Wir Sozialdemokraten müssen leider Koalitionspolitik treiben und im Interesse des Volkes Kompromisse abschließen, die nicht immer geeignet sind, reine Freude auszulösen. Die harten Tatsachen drängen uns dazu, weil mit der Diktatur in Deutschland wie in Rußland in wirtschaftlichen und steuerlichen Dingen nichts auszurichten ist. Unsere Politik wird von dem Bewußtsein getragen, daß in der Welt dadurch eine Befriedigung herbeigeführt wird, wenn die deutsche Wirtschaft wieder zu alter Leistungsfähigkeit gebracht, das Elend von Deutschland ferngehalten wird, das in Oesterreich und Rußland zu finden ist. Wir haben von unseren Forderungen keine einzige, auch nicht die aufgegeben, das Reich an den Sachwerten zu beteiligen. Wenn

die Unabhängigen

in den schweren Tagen der langwierigen Steuerverhandlungen positiv zu den Steuerfragen Stellung genommen hätten, dann könnten wir vielleicht heute das Ergebnis verzeichnen, daß die Zuschläge zur Vermögenssteuer auf 300 Prozent festgesetzt und das Ergebnis über die Ansetze weit günstiger ausgefallen wäre. Es ist unzweifelhaft, daß, wenn neben den 108 Sozialdemokraten noch die 61 Unabhängigen hätten in die Wagschale gelegt werden können, schließlich auch das Steuerkompromiß ein günstigeres Gesicht bekommen hätte. (Zustimmung bei den Soz.) Wenn die Zuschläge zur Vermögenssteuer auf 200 Prozent bemessen worden sind, so liegt das daran, daß in den maßgebenden Staaten, z. B. in Preußen, die Sozialdemokraten nicht in der Regierung saßen, als die Vorlagen beraten wurden. Daraus müssen wir die Notwendigkeit erkennen, daß Sozialdemokraten auch in der Landesregierung sind, um von da aus schon von Anfang an entscheidenden Einfluß ausüben zu können.

Die Behauptung, den Reichen sei

das Reichsnotopfer

geschenkt worden, ist ein aufgelegter Schwindel, denn die Zuschläge zur Reichsvermögenssteuer sind in ihrem Erträgnis auf 15 Jahre berechnet. Die Einnahmen aus ihr werden weit über das hinausgehen, was das Reichsnotopfer einbringen kann.

Herr Helfferich hat behauptet, es sei vollkommen unmöglich, eine Erfüllungspolitik zu treiben. Ich frage ihn, ob er glaubt, daß eine Politik getrieben werden kann, die anders eingestellt ist. **Wenn er eine Erfüllungspolitik nicht treiben will, dann hätte er in den Jahren 1915 und 1916 keine Kriegspolitik verlassen müssen, die schuld daran ist, daß dieses Ungeheure über das deutsche Volk hereingebrochen ist.** Herr Helfferich hat hier erklärt: Das Bleigewicht der Kriegslasten zu schleppen, überlassen wir den Feinden. Wenn die Entente jetzt das macht, was er sich damals vorgenommen hat, so hat Herr Helfferich heute gar keinen Grund sich darüber zu beklagen. **Wenn heute die Ausräuberung Deutschlands vorgenommen wird, so glaube ich, daß bei Ihnen, Herr Helfferich, die Neigung, eine ähnliche Ausräuberung bei der Entente vorzunehmen, in gleichem Maße vorhanden wäre.** (Unruhe rechts.) Weil die Entente das weiß, darum hat sie auch zu so scharfen Maßnahmen gegen uns gegriffen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Zurufe rechts: Sie sind der Ententefreund! Sie sind nicht in Frankreich, sondern im Deutschen Reichstag!) Herr Helfferich hat eine wunderbare Liebeserklärung an Herrn Becker gerichtet. Als aber Herr Dr. Becker zu den Verhandlungen ging, die das Steuerkompromiß endgültig abschließen sollten, da sagte einer Ihrer (nach rechts) Freunde: Da gehen

die Schweineferkel,

um das Steuerkompromiß zu machen. (Entrüstete Zurufe rechts.)

Die jetzige Steuerleistung ist zwar außergewöhnlich stark, aber nicht unerträglich und gerade in bezug auf die Besitzsteuer noch weiter ausbaufähig. Die Vermögenssteuer bedeutet unter Umständen einen Eingriff in die Substanz. Aber außergewöhnliche Zeiten rechtfertigen diese Eingriffe; denn die Substanzen, über die das werktätige Volk verfügt, sind bereits ausgezehrt. Herr Helfferich führt einen Kampf gegen den Reichskanzler, der uns erklärlich ist. Früher hat er mit seinen Freunden den Kampf gegen den geführt, der eine starke Besteuerung des Besitzes forderte. Die Folge war

der Mord Erzbergers.

Wir hoffen, daß die neuen Regeln die politische Situation nicht wieder so vergiften, wie das seinerzeit der Fall war. Die Opposition der Deutschnationalen kann nichts weiter im Gefolge haben, als die Vernichtung der deutschen Nation.

Ueber die

Besteuerung der Genossenschaften

hat ein schwerer Kampf mit den bürgerlichen Parteien stattgefunden. Wir wurden auf diesem Gebiete nicht zuletzt deswegen zurückgedrängt, weil einer der hervorragendsten Genossenschaftler, Dr. Heim, erklärte, daß eine Befreiung der Genossenschaften unerträglich wäre. Es war keine Möglichkeit mehr vorhanden, für die Befreiung der Genossenschaften eine Majorität zu bekommen.

Die Sozialdemokraten hat mit dem Steuerwerk eine Tat vollbracht, deren Folge letzten Endes eine Besserung der sozialen Lage der arbeitenden Schichten sein wird. (Beifall b. d. Soz.)

Bei den Abstimmungen wurden im allgemeinen die Ausschußbeschlüsse angenommen. Einige gemeinsame Versuche der drei sozialistischen Parteien, noch Verbesserungen durchzusetzen, scheiterten an dem

geschlossenen Widerstand der bürgerlichen Parteien.

So wurden unsere Anträge niedergestimmt, die auch das Vermögen der Kirchen sowie der kirchlichen und religiösen Gemeinschaft unter die Vermögenssteuer bringen wollten. Auch einen Schlag gegen die Sparkassen konnten wir nicht verhindern. Der § 5 des Gesetzes erhielt in seiner Ziffer 4 eine Fassung, die die Sparkassen mit der Vermögenssteuer belastet, wenn sie sich nicht auf ihre allerernstesten Aufgaben, nämlich „die Pflege des eigentlichen Sparverkehrs" beschränken. Da gerade in letzter Zeit manche Sparkassen dazu übergegangen sind, kleineren Leuten eine Art Bankverkehr zu ermöglichen, wäre es notwendig, daß die Sparkassen und die Stadtverwaltungen gegen gesetzgeberische Absichten sofort und energisch protestieren, die nur den Großbanken und ihrer Erziehung zur Spekulation dienen können. Im § 10 wurde vom ganzen Reichstage eine Vergünstigung für diejenigen Vermögensteile eingefügt, die durch Käufe moderner Kunstwerke zur Unterstützung lebender oder erst vor kurzer Zeit verstorbener Künstler aufgewendet werden.

Als der § 16 aufgerufen wurde, der die

Wertermittlung

betrifft, machten die Kommunisten durch einen Vertagungsantrag wieder einen kleineren Obstruktionsversuch. Der Vertagungsantrag wurde abgelehnt, weil der Reichstag arbeiten will. Es begann dann auch ein lebhafter Redekampf um die Frage der Wertermittlung. Bekanntlich handelt es sich um folgendes: Die Ausschußmehrheit will die Grundstücke nach dem Ertrag der letzten drei Jahre veranlagt wissen, die sozialistische Minderheit aber will den gemeinen Wert veranlagen, d. h. den Wert, den der Besitzer erhalten würde, wenn er das Grundstück unter den jetzigen Verhältnissen verkauft. Bei Schluß des Berichtes dauert die Debatte noch fort, es ist leider anzunehmen, daß sich auch im Reichstage eine Mehrheit für den Ertragswert finden wird.

Die friedliebenden Kommunisten.

Ein kommunistischer Berliner Stadtrat Hochverräter und Dieb.

Berlin, 21. März. Anläßlich einer Haussuchung bei einem Vertrauensmann der kommunistischen Partei, dem Ingenieur Walter Ahrends, entdeckte die Polizei eine hochwertige, mit allen erforderlichen Apparaten ausgestattete Funktelegraphenanlage, sowie zahlreiche Geheimakten, die unterirdische Telegraphenlinien sowie von Postanstalten Planzeichnungen, teils in Abschrift, teils im Original enthielten. Auch fand man die Namen zahlreicher zuverlässiger kommunistischer Vertrauensleute unter den hiesigen Postbeamten und Angestellten hiesiger Telegraphenbauämtern. Ahrends selbst hat sich seiner Feindarbeit durch die Flucht entzogen. Der in dieser Angelegenheit beteiligte Stadtrat Grylewicz ist festgenommen und wird demnächst der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats zugeführt werden.

Zu den Entdeckungen, die die Berliner Polizei bei einer Durchsuchung der Wohnung des Kommunisten Ahrends gemacht hat, teilt das „B. T." noch mit, daß sich **unter den vorgefundenen Aufzeichnungen alle Telephonleitungen der Berliner Sicherheitspolizei mit ihren einzelnen Nummern befanden. Die entdeckte Funkenanlage war eine sogenannte Aufnahmestation, die nur Telegramme empfangen konnte.** Aus dem vorgefundenen Material geht hervor, daß Ahrends in letzter Zeit zahlreiche Gespräche aus Moskau aufgenommen hat. Das entdeckte Material über Telephon- und Telegraphenanlagen kann nur durch Diebstahl kommunistischer Postbeamter aus dem Besitz der Behörde gekommen sein. Es wird jetzt festzustellen versucht, welche Beamten an dem Diebstahl teilgenommen haben.

Sozialdemokratische Anfrage.

Ausdehnung des preußischen Uebergangsgesetzes auch auf die Reichsbeamten?

Die Genossen Steinkopf und Beuer haben im Reichstage eine Anfrage eingebracht, die von der Regierung Auskunft verlangt, ob sie bereit ist, das preußische Uebergangsgesetz (Zwangspensionierung der über 65 Jahre alten Beamten) auch auf die Reichsbeamten auszudehnen, nachdem das Reichsgericht das preußische Gesetz als zu Recht bestehend anerkannt hat. Bei einer verneinenden Antwort der Regierung ist zu erwarten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf als Initiativantrag einbringen wird.

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(8. Fortsetzung.)

Früh am andern Morgen fuhren Rolf und Wiebke ab. „Rethwischhof wartet," sagte der Vater.

Die Tochter sah ihn prüfend von der Seite an. „Ich hätte einen Wunsch, Vater," sagte sie. „Lena wird noch leicht einen halben Tag allein fertig; wie wäre es, wenn wir einen kleinen Umweg nach Immstedt machten, ich denke, Mutter Antje wird noch ein Stück Hochzeitskuchen für mich aufgehoben haben."

„Hat sie auch," rief der Vater. „Sie hatte es sogar eingewickelt; wir haben nur vergessen, es mitzunehmen."

„Dann müssen wir hinfahren, und es holen."

Rolf Andersen lächelte. „Kind, wir haben einen Umweg von drei Stunden; vor heute abend sind wir nicht zu Hause."

„Ach, Vater, sträube dich doch nicht," sagte Wiebke. „Du fährst doch zu gern hin, denn im reinen bist du noch nicht mit Mutter Antje, das lese ich deinem Gesicht an."

Er seufzte. „Ach, Kind, es ist nicht so leicht. Es ist in der letzten Zeit zuviel auf mich eingestürmt."

„Ja," gab Wiebke zu, „du hast deine Kinder versorgt; jetzt mußt du an dich selber denken."

Rolf Andersen schwieg. Aber das junge Mädchen triumphierte doch leise, als sie merkte, daß der Wagen den Weg nach Immstedt nahm.

*

Ein wenig verlegen trat Rolf bei Antje ein. „Wiebke wollte sich ihren Kuchen holen," sagte er scherzend, „was soll man machen! Die Kinder sind es gewohnt, ihren Willen durchzusetzen."

Rolf und Antje standen sich gegenüber. Leise schloß Wiebke die Tür hinter ihnen. „Dreesohm," sagte sie, sich nach dem Alten umwendend, „Lotte zeigt mir mal das Wiegen; ich habe mich vor jeher besser interessiert."

Dreesohm war eilfertig bei der Hand. Er kramte die Gewichte hervor, nahm die Wiegeschalen, zeigte, erklärte, rief die Schulkinder auf und öffnete die Tür, um sich nicht eine wichtigtuerische Schilderung zu unterbinden.

Zwischen Rolf und Antje gab es eine Verlegenheitspause. Antje murmelte eine Entschuldigung; es sähe noch alles so unordentlich aus von dem gestrigen Feste. Mit flinken Händen fing sie an aufzuräumen.

Da faßte Rolf Andersen sie mit festem Entschluß an der Hand. Wenn sie ihm auch nicht ein bißchen entgegenkam, mußte er sich wohl anstrengen.

„Antje", sagte er, „nun möchte ich dich davonholen nach Rethwischhof; ist's dir recht?"

„Was soll ich da?"

„Meine Frau werden."

„Ach, Rolf, ich bin zu alt geworden, um noch die Bauersfrau zu spielen. Ich passe nicht mehr in den Kram hinein."

„Bist du zu alt, bin ich's erst recht; ich bin acht Jahre älter als du."

„Ach, ihr Mannsleute werdet ja überhaupt nicht alt."

„Und du, kleine Antje, bist noch ebenso schmuck und so flink wie vor fünfundzwanzig Jahren."

Sie war verschämt, wie ein junges Mädchen und wußte nichts zu antworten. Da schlang er seinen Arm um sie und drückte ihr Köpfchen an seine Brust und küßte sie, und sie wehrte ihn nicht. Sie hatten beide Zeit und Ort vergessen und waren wieder jung geworden.

Als Antje jetzt aufblickte, fiel ihr Blick auf den Wandspruch, und seine Augen folgten den ihrigen. „Liebe" lasen sie beide. „Liebe" klang es in ihren Herzen, jubelten ihre Lippen.

Draußen waren Dreesohm und Wiebke noch immer im eifrigen Gespräch; da traten Rolf und Antje Hand in Hand heraus, mit lächelnden Lippen und Tränen in den Augen.

„Dreesohm, Wiebke!" rief Rolf, „in vier Wochen ist wieder Hochzeit."

*

Es war eine stille Hochzeit, die Antje und Rolf feierten. Antjes Angelegenheiten waren bald geordnet. Dreesohm wollte sich nicht von seinem Laden trennen; er zog ganz zu Kriscan Rahmer, der seine Aufsicht abgegeben hatte. Wiebke war es ganz recht, daß ihre Stiefmutter bald in Rethwischhof einzog; sie konnte so ungeniert ihre Aussteuer fertig machen. Mit dieser Mutter, das fühlte sie, würde sie sich wohl vertragen.

Auf Rethwischhof gab es noch eine kleine Nachhochzeit; wenn die nächsten Bekannten und Nachbarn hinzugezogen wurden. Auch Heie Rehm und seine Frau waren dabei, und für die Rehmschen Kinder war in der Nebenstube ein Tisch mit vielen schönen Sachen gedeckt.

Ingeborg war nicht erschienen. Man sprach von einer Prügelei, die am Abend vorher zwischen Nikolai und dem schmucken Hinnerk stattgefunden und bei welcher Gelegenheit es blutige Köpfe gegeben hatte. Ingeborg lag zu Bette, klagte über heftige Kopfschmerzen und ließ sich vor keinem Menschen sehen. Sie sollte auch wirklich ein Tuch um den Kopf gewickelt haben; aber das Dienstmädchen erzählte mit boshafter Schadenfreude, sie habe bei der Prügelei ein blaues Auge davongetragen und geniere sich, es zu zeigen.

Auf Rethwischhof wurde sie nicht vermißt. Als nach dem Abendbrot eine Bowle Punsch auf den Tisch kam, wurde es sogar lustig. Antje blickte um sich. War das wirklich Rethwischhof? Durfte man hier wirklich lachen und fröhlich sein? War es nicht, als hätte sich alle Lust der Welt in diesem Haus verfangen?

Rolf schien ihre Gedanken zu erraten. Er hob sein Glas und ließ es gegen das ihrige klingen.

„Auf eine fröhliche Zukunft!"

„Auf eine fröhliche Zukunft!" wiederholte sie.

Da klingelte jemand an sein Glas; es war Paul Jensen, der zukünftige Schwiegersohn des Hauses. Der geistliche Herr erhob sich zu einer wohlgesetzten Rede.

„Ich habe vor einiger Zeit ein Gedicht gelesen," begann er, „es war von unserem hochverehrten verstorbenen Landesmann Klaus Groth. Mir gefiel das Gedicht, und heute, da wir hier an diesem Tische sitzen zu Ehren einer neuen Hausfrau, da ist es mir wieder eingefallen. Mir ist's, als wäre es extra für eine Person gemacht, die heute der Mittelpunkt dieses Kreises ist. Gestatten Sie, daß ich es mit einigen kleinen Veränderungen vorlese.

„So smuck ist min Kleed un so fin ist mien Hut,
Mien Schleifen und Gürtel sünd of na de Mod:
Mien Schoh de sünd blank, und ik hol mie so stramm,
Ik heet Antje Andersen und bin lütt Madam."

Er ergriff sein Glas. „Meine Herrschaften, lütt Madam soll leben!"

Wiebke drückte ihm unter dem Tisch die Hand.

„Hoch soll sie leben", klang es, „hoch soll sie leben, dreimal hoch."

Von dieser Zeit an hieß Antje „Lütt Madam".

— Ende. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220321-19/fragment/page=0002

Der Dorn im Auge.

Generalsturm der bürgerlichen Parteien im Hauptausschuß des Reichstages gegen die Sozialisierungskommission. — Die sozialistische Verteidigung. — Die Stellung der Reichsregierung.

S. P. D. **Berlin**, 21. März.

Im Reichshaushaltsplan für 1920 waren für die Sozialisierungskommission 720 000 Mark eingesetzt, im Jahre 1921 waren es nur noch 516 000 Mark, und auch in dem diesjährigen Reichshaushaltsplan sind trotz der großen Geldentwertung nur 516 000 Mark für die Sozialisierungskommission vorgesehen. Selbst diese Summe ist aber den Gegnern einer wissenschaftlichen Untersuchung der Sozialisierungsgedanken eine Ungeheuerlichkeit. Am Montag gab es im Hauptausschuß des Reichstages eine Aussprache, die wenigstens das eine Verdienst hatte, deutlich zu zeigen, daß alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger der Sozialisierungskommission den Tod wünschen. Der Deutsche Volksparteiler Rieser begann den Vorstoß, ihm antwortete zunächst der Unabhängige Dr. Herz, der nebenbei darauf hinwies, daß unter den 27 Mitgliedern der Sozialisierungskommission nur 10 Sozialisten sind. Trotz dieser ungünstigen Zusammensetzung trat der unabhängige Redner für den Fortbestand der Sozialisierungskommission ein. Wissell (Soz.) wandte sich in einer sehr entschiedenen Rede gegen die Anträge, die eine Streichung oder Herabsetzung der für die Sozialisierungskommission geforderten Summe bezwecken. Diese Anträge würden den Millionen Arbeitern und Angestellten, die sich mit Sozialisierungsfragen beschäftigen, zeigen, daß die bürgerlichen Parteien eine objektive, wissenschaftliche Untersuchung dieser Probleme nicht wünschen. Der wissenschaftliche Wert der Untersuchungen der Sozialisierungskommission werde von der Wissenschaft allgemein anerkannt. Es sei für die Sozialdemokratie politisch untragbar, wenn durch Streichungen der Mittel die Arbeit der Sozialisierungskommission unmöglich gemacht werde. — Neben dem Demokraten Dr. Wachnicke und dem Deutschnationalen Schultz machte auch der Zentrumsabgeordnete Erzing, ein Arbeitervertreter (!!), aus seiner Feindschaft gegen die Sozialisierungskommission kein Hehl. Sie meinten, der betreffende Ausschuß des Reichswirtschaftsrates könne die Sozialisierungsfragen nebenher mit erledigen. — Aufhäuser (U. S.) belehrte sie dahin, daß der Reichswirtschaftsrat wohl einen sozialpolitischen Ausschuß, aber keinen Sozialisierungsausschuß habe. Er sei übrigens eine Interessenvertretung, und keine wissenschaftliche Körperschaft, wie die Sozialisierungskommission. Eben erst habe man dieser die Frage der Oekonomisierung der Eisenbahnen und der Post überwiesen. Nun wolle man ihr die Arbeit unmöglich machen. Die Mitglieder der Sozialisierungskommission erhielten ganze 600 Mark monatlich, also eine Entschädigung, die zu ihrer Arbeit in gar keinem Verhältnis steht. Die Sozialisierungskommission sei die bescheidene Erfüllung des letzten der acht Punkte, die seinerzeit nach dem Kapp-Putsch von der Arbeiterklasse aufgestellt worden seien. Es werde wie eine Fanfare wirken, wenn man nun auch diesen Rest der Bedingungen nicht erfüllen wolle. Staatssekretär Hirsch erklärte, daß es in der Tat im Reichswirtschaftsrat bei seiner Ueberlastung sich nicht mit exakten, wissenschaftlichen Untersuchungen beschäftigen.

Unabhängige „Berichterstattung".

Wir haben schon mehrmals in der „Volksstimme" darauf hingewiesen, daß die unabhängige Provinzpresse von einer Berliner Korrespondenz bedient wird, die an geistigem Niestand und niedriger Hetzarbeit nichts zu wünschen übrig läßt. Jetzt hat dieses Korrespondenzbureau ein neues Glanzstück vollbracht, nämlich eine „Enthüllung" über die Sozialdemokratie. Wir würden davon selbstverständlich keine Notiz nehmen, wenn die hier am Ort erscheinende unabhängige „Volkszeitung" den Unsinn nicht in ihrer Sonnabendnummer wiedergegeben hätte. In einem Stimmungsbild über Helfferichs Rede steht nämlich folgendes zu lesen:

> Helfferich sagte, die Deutschnationalen seien nur äußerlich von dem Kompromißgeschäft ausgeschlossen worden. Es bestehe aber unter den Vätern des Kompromisses eine geheime Abmachung, wonach die Entscheidung über verschiedene strittige Punkte des Steuerwerkes in die Hände der Deutschnationalen gelegt sei. Die Rechtssozialisten hätten sich einverstanden damit erklärt, daß sie bei den noch strittigen Fragen von den im Plenum durch die Deutschnationalen verstärkten bürgerlichen Koalitionsparteien überstimmt werden. Adolf Hoffmann platzte da mit dem zündenden Witz in das gespannt lauschende Haus: „Jetzt verrät der die ganze Kiste!"

Sodann, daß nur der Reporter des unabhängigen Berliner Korrespondenzbureaus diese Ausführungen Helfferichs gehört hat. Die Berliner „Freiheit" schrieb zu dieser Rede nur folgendes:

> Die Rede Helfferichs bot kaum etwas Neues. Mit Heftigkeit wandte er sich gegen das Kompromiß, weil es den Besitz zu stark belaste, die Volkswirtschaft ertöte, und weil seine Partei nichts tun wolle, um die Reparationspflichten zu erfüllen.

Hoffentlich besitzt die „Volkszeitung" so viel Anstandsgefühl, ihren Lesern mitzuteilen, daß ihr Berliner Parlamentsbericht nur das Produkt einer erkrankten Phantasie war. Sonst wird diese frei erdichtete Schauerballade über eine nie gehaltene Rede Helfferichs durch alle Versammlungen geschleppt, und es wird notwendig werden, dort mit der dann nötigen Rücksichtslosigkeit zu sagen, was über eine solche Art von „Berichterstattung" zu sagen ist.

„Der Achtstundentag in Gefahr!"

Riesengroß in Balkenüberschrift verkündete vor einigen Tagen die „Rote Fahne" wieder einmal, daß der Achtstundentag in Gefahr ist. Warum? Der Achtstundentag ist bekanntlich noch nicht gesetzlich festgelegt, sondern beruht auf den Demobilmachungsverordnungen. Da nun bisher der Reichstag nicht dazu gekommen ist, die sozialpolitischen Verordnungen der Revolutionszeit in Gesetze umzuwandeln, hat jetzt die Regierung die Verlängerung dieser Verordnungen, die am 31. März ablaufen, bis zum 31. Aug. beantragt. Und darum ist für die Kommunisten der Achtstundentag in Gefahr. Sonderbare Logik.

Im Ernst ist natürlich durch das Unternehmertum der unbequeme Achtstundentag immer bedroht. Aber gerade diese neue Vorlage der Regierung beweist, daß die Sozialdemokratie durch ihre vernünftige Taktik ihn bisher zu schützen verstanden hat. Der Achtstundentag wird auch weiter bestehen, wenn die Arbeiter die kommunistischen Wahnsinnsexperimente und Verwirrungsphrasen zurückweisen.

Wirtschaft.

Dollar 305.

Der Berliner Devisenmarkt stand am Wochenbeginn wieder im Zeichen einer stürmischen Hausse. Der Dollar setzte mit etwa 293 ein, hielt sich längere Zeit auf 295 und sprang bei der Festsetzung des Kurses auf 305. Amtlich notierten: Kabel New-York 305, London 1355, Holland 1275. Trotz dieser stürmischen Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel blieb die Effektenbörse verhältnismäßig still und lustlos. Stärkere Nachfrage zeigte sich nur nach Terminwerten, da im Westen von Berlin eine lebhafte Tätigkeit im Neubau von Landhäusern eingesetzt hat.

Soziales.

Ausdehnung der Angestelltenversicherung bis zu 100 000.— Mark.

Der Zentralverband der Angestellten hat an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, die Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung auf 100 000 Mark zu erhöhen. Ob der Reichstag soweit gehen wird, ist natürlich noch unbestimmt, wahrscheinlich ist es aber, daß die jetzige Gehaltsgrenze von 30 000 Mark erhöht werden wird.

Neuversicherungspflichtigen wird wahrscheinlich, wie früher, die Gelegenheit geboten werden, sich durch eine Ersatzlebensversicherung von der Zahlung des eigenen Beitrages zu befreien, wenn sie sofort einen diesbezüglichen Antrag stellen. Für gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Angestellte kommt natürlich nur eine Versicherung bei ihrem eigenen Unternehmen, nämlich der Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge, in Frage. Sie bietet mehr Vorteile als irgendeine andere Versicherungsgesellschaft.

Wer sich jetzt noch nicht entschließen kann, einen Versicherungsantrag in Höhe einer bestimmten Summe zu stellen, der stelle wenigstens einen provisorischen Antrag, in welchem die Positionen „Summe" und „Prämie" nach dem Erlaß des Gesetzes ausgefüllt werden und vorläufig nur mit dem Vermerk versehen werden: „In der seinerzeit vom Gesetz erforderten Höhe."

Auskunft erteilt die Rechnungsstelle der Volksfürsorge Halle a. S., Allgem. Konsumverein, Landsberger Str. 13, sämtliche Vertrauensleute oder der Vorstand in Hamburg 5, Capellenstraße 5.

Gewerkschaftliches.

Große Aussperrung in Süddeutschland.

Der Verband der Arbeitgeber gibt in den Nürnberger Zeitungen bekannt, daß er, da trotz Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit die Arbeiter in Augsburg, München, Nürnberg und Fürth in den bestreikten Betrieben im Ausstand verharrten, gezwungen sei, zur Aussperrung der Arbeiter in den nicht bestreikten Betrieben seiner Mitglieder zu schreiten. Die Aussperrung erfolgt heute am Schluß der Arbeitszeit.

Aus aller Welt.

Der renitente Boxer.

Die Schupo weiß sich zu helfen.

Ein Vorfall von überwältigender Komik, in dem der unter dem Namen „Joe Edwards" bekannte Boxlehrer Maschke die Rolle eines Tobsüchtigen darstellte, spielte sich Freitag voriger Woche im Moabiter Kriminalgericht ab.

Der Boxlehrer und Hundezüchter Maschke, der sich den schönsten englischen Namen Joe Edwards zugelegt hat, geriet vor einiger Zeit mit einem Kraftdroschkenführer in Differenzen, weil dieser eine Fahrt verweigert hatte. Auf der Polizeiwache wurde „Joe Edwards" etwas aggressiv und erklärte, er sei Boxmeister, worauf der Autofuhrer, ein echter Berliner, erklärte, dies sei ihm „Wurschi", deshalb könne er doch die Taxe vollbekommen, da er offenbar lange nicht „sein eigenes Geschrei" gehört habe. Aus diesem Vorfall entstand eine Anklage wegen Fahrtverweigerung gegen den Chauffeur. „Joe Edwards" erschien trotz mehrfacher Ladung nicht als Zeuge und verteidigte dadurch das Stillschweigen zweier Termine. Das Gericht beschloß deshalb, den Zeugen „Joe Edwards" zwangsweise vorführen zu lassen. Dies war nun eine wirklich nicht so einfache Sache. Um 8 Uhr früh erschien in der Wohnung des Maschke ein Stipobeamter, der im guten den Herrn Boxmeister zu bewegen versuchte, ihm nach dem Gericht zu folgen. Angesichts der drohend gekrümmten Boxerarme mag es der Beamte vor, nicht Gewalt anzuwenden, zumal „Joe Edwards" erklärte, er würde nicht mitgehen, selbst wenn fünf Stipobeamte kommen würden. Um eine Waffenanwendung im Falle eines Angriffs zu vermeiden, kam der Polizeibeamte nach kurzer Zeit in Begleitung von fünf Beamten wieder. „Joe Edwards" wollte aus dem Fenster flüchten, fand aber diesen Weg durch einen Beamten verperrt. Er warf sich auf eine Chaiselongue und erklärte, er sei krank und komme auf keinen Fall mit. Nun wurde kurzer Prozeß gemacht. Auf einen Wink packten vier Beamte die Zipfel der grünkarrierten Chaiselonguedecke, wickelten den widerspenstigen Boxer wie ein Paket darin ein, schleppten ihn in eine Droschke und führten mit ihm nach Moabit. Hier stand der Boxmeister in der tragisch umgeschlungenen grünkarrierten Decke, in lila Unterhosen und grünen Strümpfen vor dem Zeugentisch und verweigerte die Aussage. Dem Gericht blieb nichts anderes übrig, als den Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Störmer, herbeiholen zu lassen, um die Vernehmungsfähigkeit des Zeugen feststellen zu lassen. Durch gütliches Zureden des Medizinalrates Dr. Störmer, der sich „für alle Fälle" aber drei Stipobeamte als „Assistenten" engagierte, gelang es, den Herrn Boxmeister dazu zu bewegen, sich untersuchen zu lassen. Diese Untersuchung ergab die Verhandlungsfähigkeit. „Joe Edwards" leistete in seiner malerisch bunten Kostümierung den Zeugeneid und machte eine durchaus ordnungsgemäße Zeugenaussage.

Die verschobenen Regimentspferde.

Offiziere unter Anklage.

Umfangreiche Pferdeverschiebungen bei der Abwicklungsstelle in Zossen beschäftigten die 2. Strafkammer des Landgerichts II. wegen fortgesetzten Diebstahls und gewerbsmäßiger Hehlerei war der frühere Offizierstellvertreter Hensel und der Landwirt Weise angeklagt. Der Angeklagte Hensel hatte bei dem gemeinsamen Mittagsmahl der Offiziere den Leutnant Wagner-Hohenlohbesen kennen gelernt, der in hohe Spielschulden geraten war und jetzt steckbrieflich verfolgt wird. Im Einverständnis mit Wagner trat Hensel mit dem Mitangeklagten Weise in Verbindung, der von ihm „unter der Hand" Regimentspferde kaufen sollte. Wagner lieh nun eine große Zahl tadelloser Militärpferde durch Soldaten, denen irgend etwas vorerzählt wurde, an eine abgelegene Stelle im Walde bringen, wo sie von Weise nach Zuzahlung erheblicher Summen gegen alte, minderwertige Pferde vertauscht wurden. Die weiteren Anklagepunkte betrafen die im Auftrage des Oberleutnants Freiherrn v. Crailsheim erfolgten Verkäufe von Militärpferden. Diese Fälle ließen sich jedoch nicht mehr aufklären, da v. Crailsheim inzwischen in Geisteskrankheit verfallen ist (!).

Vor Gericht wies Rechtsanwalt Dr. Harry Pincus darauf hin, daß Hensel durch schlechte Beispiele verleitet worden und das Opfer des Niedergangs der Moral in Offizierskreisen geworden sei. Für Weise machte Justizrat Dr. Cohnberg geltend, daß dieser die strafbare Herkunft der Pferde nicht gekannt habe. Das Gericht kam zu einer sehr milden Beurteilung der Sache (Natürlich! D. Red.), indem es die Angeklagten nur zu sechs Monaten Gefängnis mit der Aussicht auf bedingte Begnadigung nach Deckung des dem Reich entstandenen Schadens verurteilte.

Zum Tode verurteilt.

Die schwarze Liste von Sosnowice.

Beuthen, 21. März. Das hiesige Schwurgericht verurteilte gestern die Grubenarbeiter Robert Mistek aus Deutsch-Piekz, Karl Schwarz aus Rokdeny und den Wärter Joseph Olex aus Michowitz wegen Mordes an dem Landjäger Robi aus Josephstal während des politischen Augustaufstandes von 1920 zum Tode. In ihren Aussagen behaupteten die Angeklagten, daß sie von Sosnowice aus Befehl erhalten hätten, alle deutschen Landjäger im oberschlesischen Abstimmungsgebiet zu beseitigen, wozu ihnen eine schwarze Liste vorgelegt worden sei.

Raubmordversuch. Aus Leipzig wird gemeldet: In der Nacht auf Sonntag versuchte der bereits verhaftete Knecht Misching aus Petersroda in Leipzig-Gohlis den Kaufmann Lühmann durch zwei, allerdings fehlgegangene Schüsse und mehrere nicht gefährliche Messerstiche zu ermorden, um ihn zu berauben, floh aber als die Tat mißlang.

Grauenvoller Mord. Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: Als Leiche wurde mit Stricken umschnürt in einem Koffer auf einem Hausboden der seit einer Woche verschwundene 23jährige Kaufmann Erich William aufgefunden. Der Täter ist verhaftet.

Provinz und Umgegend.

Vom Landlieferungsverband der Provinz Sachsen.

Der Landlieferungsverband Provinz Sachsen hielt am 6. März 1922 seine zweite Verbandsversammlung in Halle ab. Auf Antrag des Landlieferungsverbandes ist die Enteignung für die Rittergüter Gatersleben-Nachterstedt, Osterholz und Auleben und einer früher selbständigen Bauernstelle in Schotteren mit einer Gesamtgröße von 1 336,75,04 Hektar; für Anliegersiedlung in Höhe von 173,88,33 Hektar, für zulässig erklärt.

Im Wege des Vorkaufsrechtes wurden ab Herbst 1920 für die gemeinnützigen Siedlungsunternehmen 952,63,21 Hektar bereitgestellt.

Seitens der Verbandsmitglieder wurden freiwillig oder durch Vermittlung des Kulturamtes für Siedlung und Bauwesen verkauft 894,32 Hektar; im Wege der Pacht mit Kaufanwartschaft bereitgestellt: 556,95 Hektar; mit und ohne Vermittlung der Kulturämter einschließlich der Landabgabe für Industriearbeiter und Schrebergärten rachweise zur Verfügung gestellt 11 924,95 Hektar.

Für die Unterbringung der vertriebenen Deutschen aus den abgetretenen Ostprovinzen, sind die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Der Verbandsbeitrag für das Jahr 1922 beträgt 1,20 M. pro Hektar handwirtschaftlicher Nutzfläche. Zur weiteren Förderung der Siedlung hat der Landlieferungsverband Provinz Sachsen 10 Millionen Mark durch Ausgabe einer Obligationenanleihe bereitgestellt.

Mängel der neuen Besoldungsordnung.

Ein parteigenossischer Beamter schreibt uns:

Durch die neue Besoldungsordnung für die Beamten, sollte allgemein eine Anpassung der Ortszuschläge an die Grundgehälter erfolgen. Dieses ist aber nicht allgemein durchgeführt worden, denn es sind vielmehr verschiedene Beamtengruppen dabei bedeutend schlechter gestellt worden.

So z. B. wäre ein Sekretär der Gruppe VI Stufe 4 mit 16 800 Mark Grundgehalt, der ein Besoldungsdienstalter vom 1. April 1914 hat, und zurzeit in Ortsklasse B 4200 M. Ortszuschlag bezog, am 1. April 1922 in eine höhere Ortsklassenzuschlagsstufe von 4800 Mark gekommen. Nach der neuen Ortsklassenzuschlageinteilung kommt dieser Beamte aber erst in der 7. Stufe der Gruppe VI, also am 1. April 1926 in den Genuß des höheren Ortszuschlages. Derselbe würde somit vom 1. April 1922 bis 31. März 1927 einen Ausfall von jährlich 600 Mark und 25 v. H. Teuerungszuschlag = 750 Mark und für diese 4 Jahre 3000 Mark Ausfall an Ortsklassenzuschlag haben. Diese sicher ungewollte Härte wird noch in der allerletzten Stunde beseitigt werden müssen.

Aus dem Weißenfelser Schupo-Weißenfelsen.

„Man schreibt sich die Finger wund . . ."

Weißenfels, den 21. März.

Ein Beamter der Weißenfelser Schupo bittet uns um die Veröffentlichung folgender Zeilen:

Vor einigen Tagen erschien in der Volksstimme ein Artikel über den reaktionären „Vorgesetzten" Pol. Hauptwachtmeister Schmale, der nur unterstrichen werden muß. Das hiesige Kommando rennt nun ganz „topsios" umher. Auf der Schreibstube der 2. Pol. Hundertschaft sitzen nicht weniger als 3 Offiziere (!) und schreiben sich die Finger wund, um endlich den wirklich verfassungstreuen Einsender festzustellen. Ich bitte jedoch dringend den Herrn Reg.-Präsidenten bzw. den Herrn Oberpräsidenten Magdeburg, die hiesigen Zustände zu prüfen und unter diesem „reaktionären Gift" einmal tüchtig auszuräumen. Mit eisernem Besen muß hier ausgefegt werden. Wie der Einsender des vorigen Artikels schon sagt: dieses gilt in erster Linie dem reaktionären Pol. Hauptwachtmeister Schmale.

Ich möchte nicht versäumen, an dieser Stelle noch den „reaktionären Pol.-Hauptm. v. Hegel zu nennen. Ja, ja, sobald diese „Herren Vorgesetzten" etwas Wahres „vorgelegt" bekommen, fühlen Sie sich „zurückgesetzt!" Wenn der betreffende Pol. Hauptwachtmeister noch einen Funken Ehre besäße, wäre er heute nicht mehr in der 2. Hundertschaft.

Also nochmals, der betr. Artikel „Von einem reaktionären Pol.-Hauptwachtm." beruht auf voller Wahrheit. Viele Polizeibeamten danken dem Einsender dafür, daß er bestrebt war, für haltbare und menschliche Zustände sorgen zu wollen.

Weißenfels. Ins Leben hineinl Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Wieder einmal erfüllt sich die Zeit, die eine große Zahl junger Menschenkinder vom Zwange der Schule befreit. Stellennachweise oder Inserate vermitteln ihnen Arbeits- oder Lehrstellen. Wie traurig und elend sehen aber oft die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse aus! Für viele Arbeitgeber ist eine Lehrkraft nichts anderes als eine billige Arbeitskraft. Das traurige Kapitel der Lehrlingszüchterei, die nicht nur für die Jugendlichen selbst, sor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220321-19/fragment/page=0003

dern auch für die erwachsenen Arbeitnehmer und die gesamte Volkswirtschaft eine große Gefahr bildet, ist ja überall bekannt. Daher ist es notwendig, daß von berufener Seite eine Kontrolle über die Arbeits- und Gehaltsbedingungen der jungen Angestellten erfolgt. Es muß dafür gesorgt werden, daß der junge, dem Kindesalter kaum entwachsene Mensch nicht bis in die späten Abendstunden hinein beschäftigt wird; eine gesunde Regelung des Urlaubs muß durchgesetzt und Fortbildungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Der Zentralverband der Angestellten hat sich durch Schaffung eines besonderen Jugendsekretariats die Erledigung dieser Erfordernisse zur Aufgabe gemacht! Aber nicht nur die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der jugendlichen Angestellten werden vom Zentralverband der Angestellten vertreten. In seinen Jugendgruppen herrscht an Heimabenden und auch auf sonntäglichen Wanderungen frohes Leben. Frohsinn, Wandern, Gesang und Vorträge heiterer und wissenschaftlicher Natur wechseln in bunter Reihenfolge einander ab und geben so dem jungen Menschen eine Wegzehrung für die Wochenarbeit bis zum nächsten Sonntag.

Kommt alle zu uns, ihr Jungens und Mädels, die ihr in Bureaus und Geschäften tätig sein wollt; wir wollen euch helfen und beraten in der Schwere des Berufes! Wir wollen euch froh machen! Darum hinein in den Zentralverband der Angestellten.

Weißenfels. Die Ueberpatrioten. Wer vergangenen Donerstag gegen Mitternacht an dem Schloß vorbei ging, dem drang unwillkürlich aus der dortigen Gastwirtschaft „Augustusburg" ein wüstes Gejohle entgegen. Da wurden gegröhlt alle Lieder aus der „wilhelminischen Rumpelkammer", wie „Es braust ein Ruf wie Donnerhall", „Heil Dir im Siegerkranz", „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" usw. Mancher Uneingeweihte wird da wohl auf den Gedanken gekommen sein, daß die Jodler, an den „alten militärischen Kadavergehorsam" gewöhnte, sog. Musterexemplare der auf dem Schlosse stationierten „Schupo" seien. Aber weit gefehlt. Es waren Zivilisten, richtiggehende Arbeiter. Angehörige des Vereins „Ehemaliger Sachsen". Haben denn diese Leute immer noch nicht genug von dem heutigen Elend und können dieselben immer noch nicht begreifen, daß die von ihnen „Verherrlichten" die Schuld an den heutigen traurigen Zuständen haben? Zu wundern braucht es einem eigentlich nicht, wenn man erfährt, daß unter diesen Schreiern noch Anhänger der kommunistischen Partei zu finden sind. Sind doch auch namhafte Anhänger der kommunistischen Partei als Mitglieder von bürgerlichen Fußballvereinen und der bürgerlichen Deutschen Turnerschaft festgestellt worden. Das sind eben solche „Edelkommunisten", die für die Fortentwicklung der Arbeiterbewegung nur ein Hemmnis bilden.

Zeitz. Vom Schöffengericht. Die Strafanstaltsoberwachtmeister Teutschbein und Lorenz in Zeitz, wurden von der Anklage wegen fahrlässiger Gefangenenentweichung kostenlos freigesprochen. — Zu 2000 Mark Geldstrafe wurde der Dachdecker W. H. in Zeitz verurteilt, weil er aus der Kindermagensfabrik Pfeiffer in Zeitz Wegenteile mitgenommen hat. — Wegen versuchten schweren Diebstahls waren die drei Arbeitsburschen Kurt R., Willi B. und Willi G. angeklagt. Diesen drei jugendlichen Burschen wurde zur Last gelegt, im Fockendorfer Grunde den Wohnwagen des Obstständlers Helm erbrochen zu haben. Mangels Beweises wurden alle drei Angeklagten kostenlos freigesprochen. — Dem Arbeiter Hermann F. aus Zipsendorf wurde fahrlässige Brandstiftung zur Last gelegt. Auf Grube „Schöde" bei Zipsendorf brannten drei Holzbuden ab. Der Brand soll durch Verschulden des Angeklagten entstanden sein, in dem er eine Schmieröllanne bei starken Frost zwecks Flüssigmachung des Oels in der Nähe des Ofens aufgestellt hatte. Da aber durch das übliche Aufstellen der Oelkannen der Fußboden des Unterstandsraumes schon stark mit Oel durchtränkt war und auch noch andere Momente zur Entstehung des Feuers mitsprechen können, mußte der Angeklagte kostenlos freigesprochen werden. — Die mehrfach vorbestrafte Dienstmagd Margarete H. aus Deitzerstich z. Zt. in Zeitz in Untersuchungshaft, wurde wegen Rückfalldiebstahls zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, weil sie bei dem Viehhändler Piehler in Zeitz, wo sie in Dienst stand, eine Uhr, Geld und Kleidungsstücke im Werte von mehreren tausend Mark entwendet hat. Die Angeklagte hat in mehreren Fällen ihre Dienstherrschaften ausgeplündert und ist dann immer spurlos verschwunden. — Das Dienstmädchen Hedwig D. aus Zickernitzsch z. Zt. in Zeitz in Untersuchungshaft wurde wegen Diebstahls zu 3 Monaten und wegen Gesundheitsschädigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, woraus eine Gesamtstrafe von 4 Monaten gebildet wurde. Die Gesundheitsschädigung bestand darin, daß die Angeklagte mit Männern geschlechtlich verkehrte, obwohl sie wußte, daß sie selbst geschlechtskrank ist, und infolgedessen ihr ärztlicherseits auch der Verkehr mit Männern untersagt war. — Den jugendlichen Arbeitern Max G. und Kurt L. aus Droyßig wurde zur Last gelegt, in der Flur Droyßig mittels Schlingenstellens das unberechtigte Jagen ausgeübt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab die Schuld der Angeklagten. Es wurde deshalb ein jeder zu 500 Mark Geldstrafe, zahlbar in monatlichen Raten von je 100 Mark, verurteilt.

Schkeuditz. Oeffentliche Versammlung der SPD. Am 19. März sprach hier Genosse Guske-Merseburg über Sozialdemokratie und Steuerpolitik. Es wies in sachlich scharfer Weise die Angriffe der KPD. und der USPD. auf unsere Reichstagsfraktion zurück und forderte diese Parteien auf, etwas weniger mit tönenden Redensarten und mehr durch wirkliche Mitarbeit im Kampfe gegen kapitalistische und reaktionäre Uebergriffe zu leisten. Den zahlreichen anwesenden KPD.-Leuten gab er den Rat, die Spielereien mit Schlagworten zu unterlassen und sich einzustellen auf sachlichen Meinungsstreit. Dann wäre auch Aussicht vorhanden auf dem Boden gemeinsamer Bedürfnisse für das Gesamtwohl des Volkes zusammen zu arbeiten.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Eisleben. Eine Anfrage an die K. A. P. D. Was macht der ehem. Polizei-Gef. Fr. Schober? Dieser kam am 17. d. M., nachts 12½ Uhr, mit einem keinen Landauer vom Platz her bis nach der Glockenstraße gefahren. Er stieg, weil es an dieser Stelle runkel ist, aus und lief den Martiberg hoch. Der Kutscher kehrte um und fuhr den gekommenen Weg zurück. Der Verdacht liegt hier wohl sehr nahe, daß der Gef. Spitzeldienste verrichtet. Also Arbeiter seid auf der Hut.

Sangerhausen. Ende des Landarbeiterstreiks. Der Landarbeiterstreik im südlichen Teile des Kreises Sangerhausen ist zu Ende geführt worden. Die Arbeit wurde Montag an allen Stellen wieder aufgenommen. Die Verhandlungen wurden vom D. L. V.-geführt. Der Streik als solcher war jedoch ein wilder. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeit bereits gestern überall wieder aufgenommen worden ist, kann es nur komisch wirken, wenn der „Klassenkampf" in seiner gestrigen Nummer im Fettdruck schreibt: „Der Streik droht sich auszudehnen. Die Landarbeiterschaft will sich von niemand mehr halten lassen." — Ja, ja, die Landarbeiter haben sich von den „bekannten" Streikhetzern eben nicht mehr „halten" lassen.

Kelbra. Versammlung der Arbeiterjugend. Am Donnerstag abend hielt die Arbeiterjugend in der Schenke eine Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Die Eintragung der Arbeiterjugend in den hiesigen Ortsausschuß für Jugendpflege ist erfolgt. Es wurde beschlossen, am Freitag, den 14. April in der Schenke einen Werbeabend zu veranstalten. Zur Aufführung gelangen mehrere Theaterstücke, Gesänge usw. Die schulentlassenen Konfirmanden werden zu dieser Feier freundlichst eingeladen. Dann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde wieder der Jugendgenosse Karl Scharlach, als 2. Vorsitzender Willi Brachmann und als Schriftführer Paul Erdmann gewählt. Der Posten des Kassierers wurde einem Antrag des Jugendleiters Hesse gemäß von dem Parteigenossen Rudolf Scheurich besetzt. Da unter Verschiedenem keine Anträge weiter gestellt wurden, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Roßla. Aus dem Gemeindeparlament. In der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertreter-Sitzung wurde den Gemeindeangestellten und Nachtwächtern Zulagen von 1000 M. bewilligt. Zwecks Unterstützung der Kleinrentner wurde eine Kommission gewählt, welche die einzelnen Fälle prüfen soll.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg a. S. Gedächtnisfeiern für die Märzgefallenen. Am Sonntag versammelte sich ein Teil der organisierten Arbeiterschaft vor dem „Stadtschützenhaus" auf der Vogelwiese, um in geschlossenen Zuge zu den Gräbern der Märzgefallenen zu ziehen. Der Arbeitergesangverein „Gutenberg" zog nach dem Friedhofe in der Schulstraße. Hier wurden zwei dem Tage entsprechende Lieder gesungen. Der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftskartells und nach ihm Genosse Winkler hielten Ansprachen. Der „Arbeiterlängerchor" sang am Grabe der Märzgefallenen auf dem neuen Friedhofe in der Weißenfelser Straße. Auch hier wurden einige kurze Reden gehalten. Die Feiern waren sehr eindrucksvoll. Bemängelt werden muß die schwache Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft.

Bitterfeld—Delitzsch.

Zörbig. Schöffensitzung. Das Gericht war mit folgenden Schöffen besetzt: Gartenbesitzer Otto Voigt und Maschinist Otto Lapacz, beide von hier. Die Weltfremdheit unseres Strafgesetzbuchs von 1871, an dem man bisher ohne nennenswerten Erfolg seit Jahrzehnten herumgeflickt hat, zeigte sich wieder einmal an zwei krassen Beispielen: Der dreizehnjährige Schulknabe Karl M. von hier, zur Zeit in Leipzig, hat einen sogenannten „schweren Diebstahl" ausgeführt, indem er gemeinschaftlich mit noch anderen strafunmündigen Knaben aus dem umzäunten Garten der Gastwirtswitwe Hoffmeyer, hier, einen eisernen Reifen, einen eisernen Ring und eine eiserne Lasche entwendete und als altes Eisen verkaufte. Die als Hehler mitangeklagten Handelsleute wurden freigesprochen — der beste Beweis dafür, daß es sich tatsächlich nicht um wertvolle Gegenstände, sondern wirklich um Alteisen gehandelt hat, daß die „verdorbene" Jugend nun einmal als eine Art herrenloses Gut zu betrachten geneigt ist, zumal wenn es wie hier in einem an der Landstraße belegenen Garten herumtiegt. Der Amtsanwalt, der es anfangs bei einem Verweise für den jugendlichen „Verbrecher" bewenden lassen will, muß sich vom Vorsitzenden belehren lassen, daß ein Tag Gefängnis hierfür die gesetzliche Mindeststrafe ist. So ändert der Amtsanwalt auch seinen Antrag und das Gericht erkennt demgemäß, indem es wenigstens eine Bewährungsfrist von 3 Jahren festsetzt. Als Gegenstück hierzu haben sich die Oefsier Gustav und Oskar St. wegen Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei zu verantworten. Die Verhandlung ergibt auch ihre Schuld, daß sie für bei bereits im September v. J. verurteilte Weitzendieb Hehlerdienste geleistet zu haben. Antrag des Amtsanwalts gegen beide Angeklagte je eine Woche Gefängnis — Urteil: Geldstrafe, und zwar gegen Oskar St. 500, gegen Gustav St. 1000 Mark.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: Karl Garbe, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

CIRCUS GEBR. BLUMENFELD JR. MAGDEBURG

Unsere Proben
von 10 - 12½ Uhr vorm. sind für jedermann interessant.
Eintritt M. 2.— u. 1.—.
Abends täglich 7½ Uhr.
Vorverkauf: Zig.-Hdlg. Kurt Walla, am Leipziger Turm. von 10—1 u. ab 4 Uhr am Circus.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 22. März
Nichtöffentl. Vorstellung.
Donnerstag, d. 23 März
Der Schicksalstag
Oper von F. Halevy
Neubearbeitung von Wilhelm Kleefeld.

Operetten-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
● Mit Riesen-Erfolg ●
„Prinzessin Olala"
Operette i. 1 Vorspiel u. 3 Akten v. Gilbert.
Kasse ab ½10 Uhr (Tel. 6183) ununterbrochen geöffnet.

1000 M. Belohnung
In der Nacht vom Sonntag, den 19. März auf Montag, den 20. März wurde in meinem Hauptgeschäftsladen Steinweg 45 eingebrochen und mehrere Waren insbesondere eine größere Anzahl echter Lederwaren (Aktentaschen, Handtaschen usw.) sowie ein zweirädriger Handwagen gestohlen.
Obige Belohnung sichere ich demjenigen zu, der mir verläßliche Angaben, die zur Ergreifung der Diebe führen machen kann.
Max Sobel
Steinweg 45.

Ich zahle
für Lumpen . . . 2.00—2.50 M per kg,
Papier . . . . . 1.80 M. per kg,
Bücher und Zeitungen 2.50—3.00 M. per kg,
Alt-Eisen . . . . . 1.50—2.50 M. per kg,
Knochen . . . . . 1.20 M. per kg,
Alt-Metalle zu Börsenpreisen.
Nur Anna Theuring
Telephon 4263
Nur Große Wallstraße 42
Kostenlose Abholungen.
In Merseburg: Clobicauer Straße 39.

Gebhardt-Eiweiss-Kakao
ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. — Gutachten erster ärztlicher Autoritäten stehen unserem Fabrikate zur Seite.
Verlangen Sie ausdrücklich Gebhardt-Eiweiss-Kakao! Versandstelle Gr. Steinstr. 36 2 Gebäude. Fernruf: 4841.
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Georg Gebhardt & Co., Halle-Saale.

Stellen finden.
Tüchtige erfahrene
Kupferschmiede
gesucht.
C. G. Haubold A.-G., Chemnitz i. Sa.

Kaufgesuche
Suche sofort zu kaufen: feldgrau
Militär-Mäntel, Röcke, Hosen, Drellsachen usw.
Hirsch, Böhmstr. 3 (Laden).

Schlafzimmer, Küchen, Bettstellen, Patent-Auflegematratzen, Sofas, Chaiselongues.
Kurt Hoffmann,
Ludwig-Wucherer-Str 37.
Kein Laden. Hof links II.
Nähe Bernburger Straße.

Suche sofort zu kaufen
Feldgr. Mäntel, Röcke, Hosen, Drellsachen usw.
Rathausstr. 17. Hof II.

Piano-Lüders
kauft: Pianos, Violinen, Lauten, Mandolinen, Grammophone, Sprechapparate und Platten.
Mittelstraße 9 - 10.

Patent- u. Auflege-Matratzen
sowie Chaiselongues kauft man am vorteilhaftesten in der Matratzen-Fabrik
Otto Kaseler, Steinweg 19a.

Alte unmoderne
Herren Hüte
werden schnell, gut und preiswert umgearbeitet.
C. G. Nicolai,
Leipziger Straße 13.
Fernruf 4612.

Starke dauerhafte
Rucksäcke
sehr preiswert bei
Hugo Krasemann,
Leder-Spezialgesch.
nur Schmeerstr. 19.

Keine Prahlerei!
Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Schmuck., Uhr., Kett. kauft zu wirklich reellem und höchstem Tageskurs
A. Abramowitz,
Schmeerstraße 141.
NB. Wer sich vor evtl. Schaden schützen will, verkaufe nichts ohne meine Taxe.

Vermischtes
Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen

Die neuesten Moden in
Halsketten
in Gold, Silber u. Gold auf Silber in größter Auswahl.
Juwelier Tittel,
Traringecke.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller Henkel & Co Düsseldorf

Polizeilich gesperrte
Autonummer (Schild) Nr. 9883
verloren.
Gegen Belohnung abzugeben bei
A. Samuel, Alter Markt.

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Bekanntmachung.
Auf Grund der von den städt. Körperschaften genehmigten Kohlenklausel werden die Gaspreise mit Wirkung von der den März verbrauch bestimmenden Ablesung ab wie folgt festgesetzt:
Der Preis für 1 cbm Gas beträgt bei Verwendung zum Beleuchten, Kochen und Heizen . . . . 4.— Mk.
zum Betriebe von Gasmaschinen u. a. gewerblichen Zwecken, zu denen die Beleuchtung und Heizung gewerblicher Unternehmungen zählen . . . . . 3.30 „
bei Abgabe eines Gasmessers nach Form A 4.— „
„ „ B 4.20 „
Halle, den 18. März 1922.
Die Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke.

Vereins-Anzeiger
zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Bezirksverband Halle, Harz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Delitzsch. Flugblattverteiler Mittwoch, den 22. März, abds ½8 Uhr. „Bismarck" zur Ausgabe der Flugblätter.
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220321-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Freier Sängerchor. Mittwoch, den 22. März, abends pünktlich 6½ Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal, Petzolds Restaurant. Kein Sänger darf fehlen. **Der Vorstand.**

Arbeiter-Jugend. Die Unterkassierer der Gruppe Zentrum werden gebeten heute abend 7 Uhr im Mozartheim, zwecks Abrechnung, zu erscheinen. — Im Jugendsekretariat findet 7 Uhr eine Bezirksvorstandssitzung statt. **Der Vorstand.**

Lehrlings-Versammlung. Mittwoch, den 22. März, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" für die Klempner- und Installateur-, Bauschlosser-, Elektromonteur- und Mechaniker-Lehrlinge eine Versammlung statt. **Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Halle.**

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 21. März 1922.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung stand wieder einmal unter dem Zeichen kommunistischer „Eigenheiten" und rechtsparteilicher Erfolglosigkeiten. Schon bei der Abänderung der Vergnügungssteuerordnung fand der Kommunist Weber, daß er diesmal die Regierung in Schutz nehmen müsse. Zwar nicht wegen der von ihr veranlaßten Abänderung der Steuerordnung, nein, die Arbeit der Regierung taucht wider in dieser noch in anderer Sache etwas, aber er wandte sich gegen die Klagen der anderen Parteien, daß die Regierung die Selbstverwaltung der Städte beschränke. Wir nehmen an er wollte sagen, diese Parteien hätten kein Recht zu solchen Klagen; verständlich ausgesprochen hat er das aber nicht.

Der Antrag der Invaliden wurde nach längerem Redekampf mit Mehrheit angenommen. Der Kommunist Illgenstein zeigte sich im letzten Teile dieses Kampfes als besonders unduldsam dem Volksparteiler Finger gegenüber, dem ja allerdings kein besonders großes Licht in dieser Angelegenheit aufgegangen zu sein schien. Aber die Zwischenrufe Illgenstein, die die Debatte fast zu einem Privatgespräch machten, waren selbst dem unabhängigen Vorsteher zu viel.

Die Erhöhung des Schulgeldes zeigte die politische Einstellung der Kommunisten wieder einmal in vollstem Glanze. Wenn irgend ein Antrag von den Sozialdemokraten befürwortet wird, dann erheben sich bei den KPD.-Männern stets Bedenken. Sie kommen bei den Abstimmungen von ihren Sesseln nicht hoch. Militärischer Schneid herrscht erst, wenn die Deutschnationalen die Führung übernehmen. Dann erhebt sich die kommunistische Fraktion mit bewundernswerter gleichmäßiger Schnelligkeit. Der Antrag des deutschnationalen Schulrates Busse fand aber bei der Mehrheit keine Gegenliebe, ebensowenig wie vorher die individualistische Behandlung der Sozialrentner bei der Anrechnung der Armenunterstützung auf die Rentenzahlungen die sie jetzt erhalten.

*

Sitzungsbericht.

Eine Eingabe verlangt die Erhaltung des Bismarckdenkmals neben der Bergschenke. Die Eingabe wird dem Magistrat überwiesen. Einem Telegramm beider Körperschaften, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, an die Reichsregierung, sie möge mit dem Feindbund in Verbindung treten zwecks Stabilisierung des Markkurses (der Dollar steht 305), wird ohne Widerspruch zugestimmt.

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten. Es werden in den Ausschuß für die städtischen höheren Schulen verschiedene Bürgermitglieder gewählt, unter ihnen befindet sich auch der Gen. Ad. Thiele.

Aenderung der Vergnügungssteuerordnung.

Die Regierung will bei den niedrigen Eintrittspreisen nur einem Steuersatz von 20 Prozent zustimmen. Da die am 22. Nov. 1921 beschlossene Ordnung darüber hinausgeht, soll eine Aenderung in diesem Sinne stattfinden. Eine Neuregelung der ganzen Vergnügungssteuer ist für später vorgesehen. Nach dem Bericht des Stadtv. Borges (Dem.) ergreift das Wort

Stadtv. Dürrfeld (S. P. D.): Die Regierung scheint ein bestimmtes Schema für die Steuerordnungen zu haben und wenn die Gemeinden mit ihrer Ordnung in dieses Schema nicht hineinpassen, dann wird sie nicht genehmigt. Das kann nicht so weitergehen.

Illgenstein (K. P. D.): Wenn wir uns an die Reichsrichtlinien halten, dann brauchen wir der Regierung die Ordnung gar nicht vorlegen. Dann kann auch die Ordnung am 1. April in Kraft treten.

Herzfeld (Dem.): Die Maßnahmen der Regierung werden von der Entwertung des Geldes gegenstandslos gemacht.

Bürgermeister Seydel: Die Richtlinien der Reichsregierung sind erst nach der Festsetzung der Steuerordnung herausgegeben worden. Die Vorlage hat nicht beim Oberpräsidenten, sondern in Berlin solange gelegen. Die heutigen Abänderungen sind nur Notbehelfe, um am 1. April eine eigene Steuerordnung zu haben.

Der Magistratsantrag wird angenommen. Der Resolution des Haushaltsausschusses, die die Bevormundung der Städte auch in dieser Angelegenheit bedauert, wird gleichfalls zugestimmt, trotzdem sich Weber (K. P. D.) dagegen aussprach und die K. P. D. auch nicht dafür stimmte.

Der Aenderung der Verwaltungsgrundsätze für den Ausgleichsfonds in den städtischen Etats wird zugestimmt, da sich immer größere Schwierigkeiten bei der Fertigstellung der Kämmereiabschlüsse zeigen. Im Anschluß an diesen Punkt wird ohne Debatte beschlossen, nach dem 1. April den Magistrat zu ermächtigen, Zahlungen zu leisten, da bis dahin der Etat für 1922 noch nicht fertiggestellt ist.

Bei dem Rechnungsabschluß der Straßenbahn für das Jahr 1920 bringt Günther (K. P. D.) zur Sprache, daß vor der letzten Tariferhöhung eine Anzahl Monatskarteninhaber sich ihre Marken noch für 90 Mark, andere, die nicht einige Tage vor der Erhöhung diese entnehmen konnten, für 140 Mark erhielten.

Balke (Dem.) weist darauf hin, daß die Bedingungen, die die Einlösung der Karten eine bestimmte Zeit vor dem Monatsersten ermöglicht, nicht eigenmächtig geändert werden könnten.

Günther (K. P. D.): Die vorzeitige Abgabe der Monatskarten mußte gesperrt werden.

Herold (Dn.) wünscht eine schnellere Wagenfolge bei der Linie 8, der einzigen, die am Stadttheater vorbeiführt, im Interesse der Besucher desselben, die er als „Sachsengänger" bezeichnet.

Der Antrag der Invaliden und Witwen.

Kürbs (U. S. P.): Es sind die Sozialrentner, die Arbeitsinvaliden, die bis zum 65. und 70. Jahre gearbeitet haben, wenn sie nicht schon vorher arbeitsunfähig wurden. Nur die bitterste Not hat sie im vergangenen Jahre gezwungen, bei ihren damals so niedrigen Renten, Armenunterstützung zu beantragen. Diese darf ihnen nun nicht von den Nachzahlungen abgezogen werden. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, den Antrag auf Nichtanrechnung der gezahlten Armenunterstützung dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtrat May erkennt die Not an und hebt hervor, daß der Magistrat mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei. Er spricht sich aber gegen eine generelle Nichtanrechnung aus. Jeder Fall muß einzeln geprüft werden und im Notfall müssen noch Zuschüsse erfolgen.

Günther (K. P. D.): Die Rentner müssen gleichmäßig die 3000 Mark erhalten. Bei Verbilligung der Kartoffeln oder Kohlen lehnt der Magistrat jede individualistische Regelung ab, da sie nicht durchführbar sei. Deshalb muß auch hier die Regelung von Fall zu Fall abgelehnt werden.

Nachdem noch Finger (D. V.) und Stadtrat May noch einmal für die Magistratsauffassung eingetreten sind, nimmt das Wort Stadtv.

Wilke (S. P. D.): Worte machen niemand satt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sozialrentner, die damals die Armenunterstützung bekamen, sich in einer außerordentlichen Notlage befunden haben. Diese Notlage wird auch nicht durch die jetzige Nachzahlung behoben werden. Die Armenunterstützungen dürfen deshalb auf keinen Fall angerechnet werden.

Minner (Dem.) polemisiert gegen die Kommunisten und wird öfter von Zurufen auf der Tribüne unterbrochen, die sogar der den Vorsitz führende Stadtv. Gräfe rügen muß.

Zur Debatte sprechen noch Illgenstein, Günther, Kürbs und Finger.

Der Antrag des Zentralverbandes der Invaliden wird dem Magistrat mit den Stimmen der sozialistischen Linken und eines Teils der Demokraten zur Berücksichtigung ohne Einschränkung überwiesen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung,

Erhöhung des Schulgeldes für Mittelschulen

liegt folgender Antrag unserer Fraktion vor:

„Mit der Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschulen ist sofort auch eine Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen vorzunehmen.

Da in der kurzen Spanne Zeit bis zum 1. April eine von uns geforderte Staffelung des Schulgeldes nicht mehr in die Wege geleitet werden kann, soll für das erste Vierteljahr des neuen Schuljahres das Schulgeld in der Höhe der vom Ministerium genehmigten Sätze von 1000 Mark für Einheimische und 1200 Mark für Auswärtige erhoben werden."

Nach der Berichterstattung Hoös über diesen Punkt begründet den Antrag der S. P. D. Stadtv.

Wilke (S. P. D.): Wenn wir das Schulgeld für die höheren Schulen nicht erhöhen und die Magistratsvorlage annehmen, so würde ein Mittelschüler mehr Schulgeld bezahlen als ein Schüler der höheren Schule. Wir vertreten eigentlich den Standpunkt, daß das Schulgeld nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt werden müsse. Um aber eine sofortige Erhöhung zu ermöglichen, schlagen wir die von uns beantragten Sätze vor.

Busse (Dn.) tritt für die Mittelschule und Erniedrigung des Schulgeldes ein.

Wilke (S. P. D.): Das Arbeiterkind braucht dieselbe Schulbildung wie das Kind anderer Kreise. Man mag den Lehrplan der Volksschule so heben, daß er den der Mittelschule erreicht.

Stadtschulrat Truschel geht auf das angeschnittene Gebiet der Aufwendungen auf den einzelnen Schüler in den verschiedenen Schulen ein. Bei den hohen Schulgeldsätzen, die die Regierung vorsieht, werden die Städte verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz Freistellen zu schaffen.

Illgenstein (K. P. D.) tritt für die Einheitsschule ein.

Spiett (Z.) verwirft die Unterscheidung zwischen einheimische und auswärtige Kinder. Wenn wir den Antrag der S. P. D. annehmen, kann und wird er voraussichtlich erfolgreich angesochten werden, da er nicht zur Tagesordnung verhandelt werden durfte.

Die K. P. D. beantragt jetzt bei einem Einkommen von über 100 000 Mark 2000 Mark Schulgeld, bei über 50 000 Mark 1000 Mark Schulgeld, bei über 25 000 Mark 500 Mark Schulgeld und unter 25 000 Mark Schulgeldfreiheit.

Hoö (Dem.) hat keine Bedenken gegen den Antrag der S. P. D. und die Beschlußfassung darüber, da dieser die Schulgeldfrage zweckmäßig nur für das nächste Vierteljahr regelt. Den kommunistischen Antrag bittet er abzulehnen.

Stadtschulrat Truschel weist die Berücksichtigung eines höheren Schulgeldes für auswärtige Schüler nach. Von den Sätzen 1000 und 1200 Mark im Antrag der S. P. D. hat die Regierung erklärt, sie sind ohne weiteres genehmigt.

Mit Spannung wurde die Abstimmung erwartet. Für den Antrag des Haushaltsausschusses, der für auswärtige Mittelschüler das Schulgeld gegen die Magistratsvorlage auf 600 M. erhöhte, stimmten Demokraten und Sozialdemokraten, ein Teil Unabhängige (zögernd) und einige Volksparteiler. Gegen den Antrag Deutschnationale und Kommunisten in holder Gemeinschaft. Aus formellen Gründen wandelte Gen. Wilke seinen Antrag in einen Dringlichkeitsantrag um. In dieser Form wird er dann, diesmal unter der widerwilligen Mithilfe der Kommunisten, die arg an ihre Sessel zu kleben scheinen, angenommen.

Es folgten noch zwei unbedeutende, erst später auf die Tagesordnung gekommene Punkte und dann eine nichtöffentliche Sitzung.

Strafkammer.

Herr Doktor macht in einem „Scheuermittel". — „Um ein Stück Brot." — Endlich einen „Bodenputzzeit" gesetzt.

Ein „Herr Dr. med." Ziegler kam im November v. J. zur hiesigen Eisenbahn-Direktion als Reisender seines Schwiegervaters, eines Fabrikanten in Duisburg, um ein neuartiges Scheuermittel zu verkaufen. Da er den betreffenden Dezernenten am Nachmittag des Ankunftstages und auch am nächsten Vormittag nicht traf, pürschte er sich an einen Eisenbahn-Oberschreiber Sch., um ihn, da er mit ihm allein im Zimmer war, zu überreden, für den Absatz des fraglichen Artikels zu sorgen. Sch. wies das Ansinnen zurück, erhielt aber später 200 Mark „Provisionsabschlag" zugesandt. Gegen die erfolgte Verurteilung hatte der Angeklagte Ziegler Berufung eingelegt. Er erreichte aber nur, daß diese lediglich verworfen und nur das Delikt von unlauterem Wettbewerb in Beamtenbestechung umgeändert wurde.

Gleichfalls verworfen wurde die Berufung des 21jährigen Arbeiters Emil Mann aus Sandersdorf gegen eine Verurteilung zu 6 Monaten Gefängnis wegen Rückfalldiebstahls (!) durchs Bitterfelder Schöffengericht. — M. hatte am 5. August 1921 auf dem Tagebau „Johannes" der Akt.-Ges. Grepginer Werke den im Freien liegenden Rucksack eines Arbeiters zu stehlen versucht, wurde aber sogleich von mehreren Arbeitern gestellt. M. war zu jener Zeit arbeitslos gewesen (freilich durch eigene Schuld) und wollte dem Rucksack nur Brot entnehmen (Frühstück des Besitzers war der einzige Inhalt), da er schon zwei Tage gehungert gehabt hätte.

Die 28jährige ledige Anna Rechenberg (aus Löbejün gebürtig), „zierte" als gewerbsmäßige Diebin wieder einmal die Anklagebank. Ihre „Sondertätigkeit" der letzten Zeit sind Einbrüche in Trockenböden und Bodenkammern, von welcher Art Diebstählen ihr jetzt sieben schwere und zwei einfache zur Last gelegt werden. Sie hat die betreffenden Verschlüsse mit einem Stück Eisen abgewürgt. Es fielen ihr Wäsche- und Kleidungsstücke in die Hände. — In den Kammerlichtspielen, wo sie einige Zeit arbeitete, stahl sie einer Kollegin auch Kleidungsstücke. — Ferner hat sie sich in einer Wirtschaft unter falschem Namen ins Fremdenbuch eingetragen. — Die Angeklagte wird wegen genannter neun Rückfalldiebstähle zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen der Fälschung erhält sie sie 2 Wochen Haft, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet werden

Der Streik auf der Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Von den drei beteiligten Verbänden erhalten wir eine längere Zuschrift, aus der wir entnehmen, daß die Direktion in arger Verlegenheit ist. Sie sucht die Streikenden immer noch damit zu beeinflussen, daß es der Bahn finanziell nicht möglich sei, die durch den Schlichtungsausschuß festgelegten Löhne zu zahlen. Aber kein Wort davon wird erwähnt, daß im Schiedsspruch vom 14. Februar eine Schutzklausel eingefügt ist, die allen nichtleistungspflichtigen Kleinbahnen erlaubt, vor dem Schlichtungsausschuß in Halle diesen Nachweis zu führen, damit am 15. Februar für solche Bahnen die Lohnerhöhung um 50 Pfg. gemindert wird. Von diesem Recht hat nicht eine einzige Bahn Gebrauch gemacht und damit bewiesen, daß ihre Einnahme eine Erhöhung zweifelsfrei gestattet.

Den Gewerkschaften wird weiterhin der Vorwurf gemacht, daß sie den Schiedsspruch nicht verbindlich erklären ließen. Diese Taktik (einmal die absolute Zahlungsunmöglichkeit, dann Anrufung des Demobilmachungskommissars) die schließlich nach der bisherigen Praxis in etwa 8 bis 14 Wochen zur Ablehnung der Verbindlichkeit führt, kennzeichne die wirkliche Absicht der Direktion. Sie glaubte durch ein weiteres Mittel einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben, indem sie einigen wenigen Facharbeitern Wertigkeitszulagen bis zu 1 Mark pro Stunde in diesem Moment als Zudaslohn geben wollte. Die Facharbeiter lehnten dieses Ansinnen im Interesse aller übrigen Arbeitnehmer ab, weil selbst nach Ausspruch des Direktors, etwa 20 Arbeiter Zulagen erhalten hätten, während etwa 200 leer ausgehen mußten.

Besonders wichtig für die Ablehnung der berechtigten Forderungen der Arbeiter ist ein Ausspruch Rubachs, wonach bei einer weiteren Lohnsteigerung der Arbeiter, die Gehälter der festbesoldeten Beamten weit überstiegen werden, weil dieselben bisher nur 84 Prozent der Reichsbesoldungssätze erhalten. Die Arbeiter müssen es ablehnen, das Hungerdasein der Beamten zum Vorbild zu nehmen. Auch diese werden durch die Not der Zeit belehrt werden.

Die Direktion ist bemüht Streikbrecher zu bekommen. Es ist Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, dies Eldorado der Hettstedter Kleinbahn zu melden.

Die streikenden Arbeiter werden sich durch die vielseitigen Bluffs, wie Zusendung der Arbeitspapiere, Zuzugsfichstellen von beschleunigten Beförderungen, die einmal hergestellte Front nicht zerschlagen lassen und den Kampf Schulter an Schulter gegen die Verelendungstaktik des Arbeitgeberverbandes bis zum sicheren Erfolg durchführen.

Abstimmungsgedenkfeier des „Verbandes heimattreuer Oberschlesier", Halle.

Zu einer ernsten Gedenkfeier, die an die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 erinnern sollte, hatte der genannte Verband am gestrigen Jahrestage eingeladen. Der große Saal der Degenloge, Paradeplatz, war fast gefüllt. Eine (mit wenigen Ausnahmen) andächtige Zuhörerschaft nahm die gebotenen Vorträge übrigens beifällig auf. Die Männerchor-Liedertafel erfreute durch einige entsprechende Lieder. Das Zusammenwirken der einzelnen Sänger war leider nicht immer glücklich. Besonders wirkten zwei Streichquartette von Mozart und Haydn. Frl. Weber rezitierte sehr gut. Unglücklicherweise ist nicht viel von den die Lichtbilder begleitenden Worten verständlich gewesen (Für eine derartige Sache muß der Verband zukünftig einen stimmkräftigeren Sprecher verpflichten.) Dazu kam noch das Gerücht, daß in die herumgereichten Sammelbüchsen fallenden Münzen. („Wir haben jetzt eben kein Papierleingeld mehr.) Dem festgebenden Verband ist auch fernerhin wegen seiner Bestrebungen ein volles Haus zu wünschen. F—e.

— —

Zur Wahl des Stadttheaterintendanten. Wie man gestern aus dem Kreise der Stadtverordneten erfahren konnte, haben sich für den hiesigen Intendantenposten 100 Bewerber gemeldet. Die Theaterdeputation hatte daraus zunächst eine Auswahl von fünf getroffen. Davon werden jetzt zur engeren Wahl empfohlen: Ludwig Neubeck, Direktor des Stadttheaters Rostock, Hans Donath, Oberregisseur des Stadttheaters Essen.

Volksfürsorge. Genosse H. Weißhaar, Cassel, hat die hiesige Rechnungsstelle übernommen. Sprechstunden auf dem Büro am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 4—6 Uhr. Die Funktionäre werden gebeten, am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr, auf dem Büro zu einer Aussprache zu erscheinen.

Städtisches Schulmuseum (Neue Promenade 13). Mittwoch, den 22. d. M., findet wieder abends 8 Uhr eine Führung durch das Museum statt. Es werden in den Osterferien mehrere Gruppen der Ausstellung eine wesentliche Veränderung erfahren und durch Neuerwerbungen ersetzt werden, so daß es geraten erscheint, der augenblicklichen Zusammensetzung des Museumsbestandes noch vor Ablauf dieses Monats besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bis zum 5. April ist das Museum regelmäßig noch Mittwoch und Freitag von 4—6 Uhr für jedermann unentgeltlich geöffnet.

Freie Volksbühne. Thalia-Theater: Macht der Finsternis. Spieltage: J: Mittwoch, den 22., K: Donnerstag, den 23., L: Sonnabend, den 25., M: Montag, den 27., N: Mittwoch, den 29. März 1922.

Der Zirkus Blumenfeld war gestern so unbescheiden, sich in unserem Blatte in die hohe Politik hineinzuschmuggeln. Die Zirkusleitung selbst ist daran aber ganz unschuldig; sie hat auch nicht die Absicht, sich jemals in diesem Gebiet zu betätigen, sondern sucht ihre Ehre darin, nur in ihrer Kunst Vorzügliches zu bieten. Davon konnte man sich gestern abend auch wieder überzeugen. Nicht nur das große Zelt war bis auf den letzten Platz gefüllt, vor demselben drängten sich noch viele Menschen, dieselben Einlaß finden konnten. Es gibt der Sensationen, der Dressuren und des ziemlich groben — Humors genug.

Kein Alkohol nach Amerika. Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika beklagt sich darüber, daß in den aus Deutschland kommenden Paketen häufig herauschende Getränke enthalten sind, deren Einfuhr verboten ist. Da derartige Flüssigkeiten in den Vereinigten Staaten von Amerika beschlagnahmt und vernichtet werden, wird vor ihrer Versendung dringend gewarnt.

Für 22 000 Mark Anzugstoffe gestohlen. Am letzten Sonntagmorgen gegen 5¾ Uhr sind nach Zerschlagen der Schaufensterscheibe aus dem Herrenmodegeschäft Alte Promenade 7 für etwa 22 000 Mark Stoffe gestohlen worden. Ein Täter, etwa 30 Jahre alt, bekleidet mit hellem Ueberzieher, dunklem Hut ist gesehen worden, als er mit mehreren Ballen Stoff unter dem Arm auf einem Fahrrade nach der Ulrichstraße davonfuhr. Zu dieser Zeit ist ein Liebespärchen in der Nähe gesehen worden. Dieses, sowie Postbeamte, die um 5 Uhr einen verdächtigen Mann gesehen haben sollen und alle, die sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der Firma Gründer u. Meyer, Alte Promenade 7, oder bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220321-19/fragment/page=0005

Halle
Restaurants, Vergnügungen, Kaffees

B. B.B.
Beth's Bunte Bühne
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Fr. Wessling. Fernr. 1066.
Vornehme Künstlerspiele.
Auftret. von nur erstkl. Kunstkräften.

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Feinkost-Weinstuben, Gr. Ulrichstraße 39.

3 Könige, Konzert- und Künstlerhaus Auftreten erst. Kräfte.
Kleine Klausstraße 7. Vorzügliches Speiselokal.

Kramers Konzert- und Logierhaus,
Delitzscher Straße 2 Telephon 6190.
Täglich Künstlerkonzert.

Zimmermanns Bier- und Weinstube
Spezialität: Schoppenweine
Kl. Steinstr. 2. Telefon 3214.

Etabl. Leuchtturm
beliebter Ausflugsort
Mittw. u. Sonntags Ball.

A. Brinkmann, Schenk- u. Speisewirtsch. Gutbürg. Mittagst. z. solid. Preisen. Jed. Freitag Schlachtefest Dessauerstr. E. Hardenb. St.

Hotel Weltkugel am Bahnh. Vorzügl. Küche, gt. Bett. Schultheiß-Ausschank, mäßige Preise

Hotel Stadt Dresden, Martinstr. 10 Br. m. Lok. u. empf. Erinn. Kl. Saal 80 bis 100 Pers. f. Fernr. 3873.

Konditorei u. Kaffeehaus August Lauffer,
Kl. Märkerstr. 10. ang. Familienaufenthalt, täglich bis abends geöffnet. Spezialität: Kinderzwieback.

Konditorei und Café „Friedrich“, Fernspr. 2058, Friedrichstr. 7.
Angenehmer Aufenthalt mit vornehm eingerichteter Likör- und Weindiele.
Erstklassiges elektrisches Künstler-Pianino.

Kolonialwaren Lebensmittel

Albert Grimm Nachf.,
Steg 15. Fernruf 2238.
Kaffeerösterei. Kolonialwaren, Zuckerhandlung.

H. W. Rutschke,
Landsberger Str. 7. Telef. 6510.
Likörfabrik
billigste Bezugsquelle f. Grossisten u. Restaurateure!

Hermann Hartick, Leipziger Straße 38.
Kaffee-Rösterei. Kolonialwaren.

Ernst Ochse, Leipziger Str. 95 Telephon 6371
Kaffee-Rösterei „Merkur“.
Kolonialwaren. Konserven.
Spirituosen. Waschartikel.

Edmund Sorg, Lebensmittel zu den billigsten Tagespreisen Halle, Hermannstr. 7.

Gebr. Krüger, Geiststr. 32.
Kolonialw., Delikatessen
Weine und Spirituosen.

Frau Schuster-Boye, Kolonialw., Butt., Thür. Wurst, Kartoffeln, Holz, Kohlen usw. Martinstr. 17

Oskar Haeder, Kolonialwaren-Handlg. Oleariusstr. 11.

Willy Pfanne, Rittsrstr. 9,
ff. Kolonialwaren, Hülsenfrüchte, echte Hausschlachterwurst zu den billigsten Preisen.

Paul Schilas Nachf., Geiststr. 13, Inh. Georg Weiß
Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik.
Spezialität: Hallesche Rot- und Leberwurst.

Ernst Halke, Gr. Ulrichstr. 62, feine Fleisch- und Wurstwaren.

Paul Schulze, Fleischermeister, Teleph. 3200. Hallmarkt-Fleischzentrale. Ia Fleisch- u. Wurstwaren.

Gebrüder Reiche, Fleischermeister, Augustastr. 20. Tel. 2400.
Ia Fleisch- u. Wurstwaren

Ernst Hoinkis, Fernr. 3146.
Rind- und Schweineschlächterei.

Max Reiche, Fleischermeister, Mühlgasse 7.
Ia Fleisch- u. Wurstwaren

Wilhelm Müller, Ludwig-Wucherer-Str. 23.
Teleph. 1507. Rind- und Schweineschlächterei.

E. Kirchner, Merseburger Str. 24, liefert Wurstwaren f. Wiederverkauf.

Paul Thürmer, Alter Markt 25,
Ia Fleisch- u. Wurstwaren.

Gebr. Schubert,
Brotfabrik und Roggenmühle,
Merseburger Str. 102, Tel. 6675.

Hallesche Molkerei,
Glauchaerstraße 15/16.

Roßschlächtereien

Willi Große, Gr. Steinstraße 67,
Roßschlächterei und Wurstwaren.

Teleph. 1568. **Roßschlächterei** Teleph. 1568.
Glauchaer Straße 75. Halle a. S., Oleariusstraße 3.
Empfiehlt täglich prima Fleisch- und Wurstwaren, kaufen ständig Schlachtpferde zu den höchsten Tagespreisen **Böhlert & Comp.**
Bei Notschlachtungen prompte Bedienung.

Johannes Thurm,
Aelteste Roß- u. Groß-Schlächterei der Provinz Sachsen.
Gegründet 1863. Fernsprecher 6518.
Empfiehlt immer nur Ia Fleisch- u. Wurstwaren in schmackhafter und sauberster Zubereitung. Schlachtpferde kaufe jederzeit zu höchsten Preisen. — Notschlachtungen werden schnellstens abgeholt durch Auto.

Hermann Quandt,
Groß-Roßschlächterei,
Langestraße 2. Telefon 1156
empfiehlt immer nur Ia Fleisch- u. Wurstwaren. Schlachtpferde kauft zu höchsten Preisen. Bei Notschlachten schnellste Abholung durch Auto.

Groß-Roßschlächterei
Max Zaubitzer,
Steinweg 52. Tel. 3515.
Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Güte. Kaufe ständig Schlachtpferde zu höchsten Preisen. Bei Notschlachtungen schnellste Bedienung.

Geschäftliche Rundschau mit Dauer-Fahrplan (Musterschutz.)

(Seite 8)

Nachstehende Dauer-Inserenten legen Wert auf Kundschaft aus dem werktätigen Volke.

Endepols & Dunker verkaufen billigst selbstverfertigte Kleidung, d. h. direkt vom Hersteller an den Verbraucher.

Leonhardt & Schlesinger, Eisenwaren, Haus- u. Küchen-Geräte, Große Ulrichstraße 13/15.

Kaffee Roland, Marktplatz. — Täglich Künstler-Konzert. — Getränke aller Art.

Damentaschen, Zigarren-Etuis, Brieftaschen, Geldscheintaschen, Schulartikel, Reisekoffer, Aktenmappen etc. in Ia Qual. äusserst preisw. bei **Hugo Krasemann,** Nur Schmeerstraße 19.

Ohne Gewähr. **Fahrplan.** Ohne Gewähr.

Abfahrt der Züge Weissenfels - Halle - Bitterfeld - Berlin und zurück.

		abds.	W.				Weimar		München								Wm.			
Naumburg	ab	1131		342	422	422		511		614	735	858	1216	313	431	451	Corb.	711	821	922
Weissenfels	„	1152		422		521		Corb		638	800	925	1241	332		522	ab	722	842	931
Merseburg	„	1242		431		542		602		710	846	956	131			622	717	742	941	943
Halle	an	122		442	522	603	529	626	640	731	907	1017	147	405	525	632	*)	812	1008	aus Corbetha nach Leipzig W.
Halle	ab	144		522	529	648	522	639	642	701	918	1101	208	411	531	632		812	1022	
Bitterfeld	„	222	348	634						755	952	1240	312	441		721		841	1132	
Wittenberg	„	312	422	800				745		832		210	435		632	841		922		
Berlin	an	622	721	1106	822	927	822	917	927	1016	1152	509	722	642	822	1141		1022		
Berlin	ab	1222		W	500	805	**)	855	1008			1257	203	315	429	521	812	822	852	942
Wittenberg	„	222		521	742	942		1147	1139			408		504	712					1222
Bitterfeld	„	321		644	857			1254				515		550	822					in Wittenberg.
Halle	an	412		731	944	1049		141	1245	W		622	427	632	944	812	1032	1111	1124	
Halle	ab	512	522	746	955	1055		204	1251	506	526	622	432	921	1012	816	1124	1111	1132	
Merseburg	„	531	620	810	1018			229		529	549	642	Corb	922	1032	842				
Weissenfels	„	625	730	847	1054			315		604	622	722	508	1022	1122	852		1221		
Naumburg	„	700	753	919	1120	1157		342	142	an	654	722		1022	1222			122		
				nach Saalfeld		1249 i. W.							612 i. W.	an		1022 i. W.	1222 i. W.	i. W.		

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fett gedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

A *) Frankfurter Zug fällt nicht aus, fährt aber jetzt ab Erfurt im Plane des nebenenstehender Stuttgarter Zuges. — **) Szg. 820 ab Berlin fällt aus, dafür nimmt Szg. 85 Stuttgarter Wagen bis Erfurt mit.

Herren-Artikel stets gut u. preiswert bei **W. Brackebusch**

Friedmann & Co., Bankh., Poststr. 2. An- u. Verkauf v. Wertpap. Kreditgewähr Verm. v. Stahlkam.-Fäch.

Allgemeines

Welt-Detektiv-Institut „Argus“, Rannischestr. 2, Eg Sternst.

Eisen und Metall. Engros. Endetail. L. Feitscher, Taubenstr. 19. Tel. 6176.

Otto Bucher, Forsterstraße 24, Ecke Krukenbergstr. Tel. 4690. Künstl. Glieder u. Bandag.

Central-Ankaufstelle für landwirtsch. Maschinen und Geräte,
Merseburger Straße 17/19
Lager, Reparaturwerkstatt, Ersatzteile.

Hallesche Automobil-Centrale
Grünstraße 31.

Berbel-Maschinenbau, G. m. b. H., Halle, Turmstr. 117.
Abt. I: Maschinen für die Kunststein-Industrie.
Abt. II: Werkzeugmaschinen.

Automobillehranstalt Hugo Maye,
Halle a. S., Merseburgerstraße 95 a.

Hallische Elektromotoren- und Leitungs-Vertriebsgesellschaft.
John Rossbach & Schmidt.

Gummi Sohlen, Absätze, Schläuche, Mäntel H. Bieder, Gr. Steinstraße 35.

Photograph **Franz Brodik** Burgstr. 18. Fernruf 4334 preiswerte Photogr. und Vergrösserungen.

Richard Schröder
Moderne Photographieen
Mässige Preise. Steinweg 12.

Nesswetter & Weber, Technisches Büro für Elektro-Technik
Fernspr. 3921. Halle a. S. Wörmlitzer Str. 103.
Zweigbüro Memleben a. U.

J. Zoebisch, Gr. Steinstr. 82.
Geschäftsbücher Schreibpapier Goldfüllfederhalter

Störzner & Kittler Nachf. Elektr. Licht- u. Kraftanl. Hauptvertretung f. Wiederherstellung ausgebrannter Glühlampen Rathausstraße 13a.

Benzin- u. Oellager Erhard Eckert, Königstraße 71/72. Telephon 2771.

Friedrich Müller, Leipziger Straße 29.
Papierhandlung.
Fachgeschäft für sämtl. Bürobedarf. Fernspr. 5616.

J. Jaenicke, Kl. Brauhausstr. 7. Fernruf 3965.
Kohlen, Holz, Koks, Grude, Kartoffeln.

Friedrich & Bauer, Bernburger Str. 23.
Papierwarenfabrik — Papiergroßhandlung.
Spezialität:
Packungen für die Lebensmittelbranche.

Rudolf Weiske, Fürstental 6.
Kohlen-Grosshandlung.
Bahnlager: Alter Thüringer Bahnhof. Fernspr. 6445

Mitteldeutsches Papierverarbeitungswerk G. m. b. H. & Co., Halle a. S., Kommanditges. Dessauer Straße 52 a Fernsprecher 4004.
Spezialfabrik nichtrollender gummierter Papiere.

Otto Just, Kohlen und Holz. Ludwig-Wucherer-Str. 45 und Rosenstraße 13. Fernruf 5649

Puppen-Klinik, Spielw.-Handlg. Reiche Ausw. in Zöpfen. Anfertig. sämtl. Haararb. Haarschmuck. Repar. Heinrich Krolow Wwe., Geiststraße 16.

Herm. Bischoff, Gr. Klausstr. 4. Tapeten, Linoleum, Wachstuche.

G. Pauly, Fernruf 6650. Kohlengrosshandlung, Thüringer Str. 16.
M. W.-Briketts. Grudekoks

Hall. Saalwachs-Gießerei Paul Friedrich, Spezialhaus f. Fußbodenpflege, Bertramstr. 25 Fernr. 2337 Spezialität: Saalwachs, Bohnerwachs, Fussbodenöle.

Ernst Lehmann Nachf., Lessingstraße 38. Papierhandlung aller Art Schulartikel.

Brennstoff-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Kohlen-Grosshandel, Fernruf 4625. Königstr. 71.

F. Gustav Zahn, Königstraße 59.
Telephon 5633.
Bergwerks- und Hüttenprodukte.
Speziel.: Messing- und Kupfer-Bleche, Stangen, Röhren, Drähte.

Paul Theuring, Rohproduktenhandlung, Tel. 4363 Triftstr. 24. Tel. 5659
Grosser Umsatz. Höchste Preise

Ad. Wünsch, Seilerwaren u. Polstermittel
L.-Wucherer-Str. 1a. Fernruf 5572.

Max Welz, Landwehrstr. 7, Tel. 6695, Billigste Bezugsquelle f. alle Gas- u. elektr. Artikel. Neuheit Gassparlicht pr. Std. 2 Pfg Gasverbr. — ohne Strumpf, ohne Zylinder, für Treppenhäuser und kleine Räume

Wasch- und Plättanstalt, R. Schneider, Burgstr. 11, empfiehlt sich Berliner Wasch- u. Plättanstalt, Schillerstraße 14, übern. jed. Post. Wäsche! Für sorgf. Lieferung übernehme ich volle Garantie. Lore Langholz.

Hensel & Kaps, Königstr. 62. Telephon 5873.
Sämtliche Seilerwaren, Hanf-Seile, Drahtseile.

Hugo Leitloff, Jakobstr. 58. Tel. 4339.
Hölzer u. Fourniere zu billigen Tagespreisen.

Max Albert, Prinzenstr. 18. Telephon 6179.
Säcke-, Planen-, Deckenfabrik.
Bindegarne. Engros-Lager in Scheuertüchern.

Tabakwaren.

F. Kleinau, Bernburger Straße 10. Fahrräder- u. Reparaturwerkstätte.

Korn & Zöllner, Brüderstraße 13. Tischlerei-Bedarfsartikel. Werkzg., Leisten, Eisenw.

Bornschein & Stirtzel,
Tabakwaren-Grosshandlung
Leipziger Str. 36, Eingang Martinstraße.
Telephon 1641.
Günstigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Tabakwaren aller Art.

Robert Koch, Leipziger Straße 44. Uhren, Gold- und Silberwaren, Trauringe. Reparaturen schnellstens.

Paul Richter, Steinweg 53. Telephon 2079.
Kolonialwaren — Spirituosen — Wein — Tabak und Zigarren.

Hellmuth Petri, Dentist. Praxis für erstklassigen Zahnersatz. Friedrichstr. 11 I.

Heinrich Menzel, Bergstraße 4. Tel. 2274. Brillen, Thermometer, photographische Artikel. Reparaturwerkstätte.

Johannes Rothe Tel. 1014 Zigarren, Tabak, Zigaretten. Reilstr. 14, Ecke Adolfstr. Wuchererstr. 69, Ecke Viktor-Scheffelstr.

Naturheilkundige Frau Luise Albrecht, Marienstraße 25. Spezielle Frauenbehandlung. Sprechstd. von 9—12 u. 2—3½. Sonnabend u. Mittwoch nachmittag keine Sprechstunde

Beerdigungs-Anstalt, Willi Lutze, Krukenbergstraße 7, Tel. 5920. Gegenüber den Kliniken. Eigenes Geschäft.

Zigarren, Zigaretten, Tabake, engros endetail.
Otto Mertens, Telephon 5150, Gr. Steinstraße 32, neben der Viktoria-Apotheke.

Adolf Koch, Uhrmacher, Poststr. 1.
Best eingerichtete Reparatur-Werkstatt.

Mode-Bekleidung, Putz, Weiß- und Wollwaren

J. Rautenberg,
Modernes Haus in Herren-Ausstattungen,
Halle, Leipziger Straße 87.

Reserviert!

Alwin Haggers, Feine Herrenmoden, Zwingerstr. 29.

Arbeitshosen u. Berufskleidung kaufen Sie preiswert im Fabriklager Joh. Heun, Raffineriestr. 42.

Paul Johne, Feine Damen- u. Herrenmoden nach Maß Zwingerstr. 22. Tel. 2630.

Tuchhandlung u. feine Herrenschneiderei Franz Wattawa.

Achtung! Wo kann man ein Anzug od. Ulster billig u. gutsitz. anfertig. lassen? bei Kloetermann, Ludw.-Wuchererstr. 59.

F. C. Wissel, Halle, Markt 11, Spezialgeschäft für Tuche und Schneiderartikel. En-gros. — En-detail.

Ad. Künzel,
Damen- Putz Konfektion
Vorteilhafteste Einkaufsmöglichkeit. Leipziger-Str. 69.

Gustav Immermann, Telephon 5846, Gr. Ulrichstr. 17, Handschuhe und elegante Herrenartikel.

Max Gräfe Inh. Ph. Most,
Pelzwaren — Hüte — Mützen,
Reilstr. 2.

Schicker Damenputz mit gediegener Umarbeitung v. Hüten u. Pelzsach. Köly & Hausis, Barfüßerstr. 121, Eingang Schulstr.

J. Funke, Damenhüte, neb. Brummer & Benjamin Gr. Ulrichstr. 25.

Gustav Grimm, Steinweg 38, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Trikotagen, Strumpfwaren, Handschuhe. Herrenartikel.

Woll- und Weißwarenhaus
6 Markt 6.

Weiß- u. Wollwaren
J. Grünfeld,
Große Ulrichstraße 20.

P. Wolff,
Manufaktur-, Weiß-, Wollwaren, Bettwäsche.
Steinweg 20a, Tel. 4315.

C. M. Buhle, Weiß- u. Wollwaren, Gr. Klausstr. 3.

Franz Kunoy Nachf., Inhaber: Willy Horn Leipzigerstr. 65.
Kurz-, Woll- und Weißwaren.

B. Klepzig, vorm. K. Schlenvoigt, Merseburger Str. 162. Kurz-, Weiss- u. Wollwaren. Leinen- und Dauerwäsche. Marke (Bekahe).

Schlüssler & Co.
Grosse Steinstr. 80. Tel. 5293
Spezialgeschäft für Strumpfwaren und Unterzeuge

J. Schärer & Co., Gr. Ulrichstr. 40,
leistungsfähiges Spezialhaus
für Fussball-Sportartikel.

Schuh- u. Lederwaren

Wandkowsky, Schneidermstr., Trödel 18.

Schuhhaus Dietze
Untere Gr. Steinstrasse 13.

Rich. Philipp Schuhmacherbedarfsart. Fellverw. u. Pelzgarnitur.

A. Schiele Leder. Schuhm.-Bed.-Art. Gr. Brauhausstr. 22, Eing. Ecke Kl. Brauhausstr.

Alb. Fritsche
en gros Taubenstr. 25. Tel. 6339 u. 4453 en detail
Lederhandlung
Massstepperei.

Carl Daust Sattlermstr. alle Lederwaren preiswert. Gr. Klausstr. 34. Tel. 1919.

Erste Hallische Patent-Gummi- u. Lederbesohlanstalt Hartmann & Hansen, Talamtstr. 9.

Möbel, Haus- u. Küchengeräte.

Möbelfabrik Vereinigter Tischlermeister
Kl. Steinstr. 6. Tel. 6642.
Wohnungs-Einrichtungen.

Carl Kasemann,
Alte Promenade 35, I (an der Hauptpost).
Waren und Möbel jeder Art
auf bequeme Teilzahlung.

G. Schaible
Gr. Märkerstr. 26.
Möbel jeder Art.

Neue u. gebrauchte Möbel
Spezialität: Polsterwaren
W. Lenz, Mittelstr. 5a.

Möbelhaus Albert Leitsch
Halle a. S., Henriettenstr. 13, Nähe Breitestr.

Karl Buchtmann, Leipz. Str. 48/49. Klempnerei u. Installat.-Geschäft. Sämtl. Haus- u. Küchengeräte.

Billig! Ein- u. Verkauf von neuen u. gebr. Möbeln, sowie Kleidung u. Wäsche bei Holland, Zapfenstr. 18.

Möbelhaus Frau Thormann
noch billig zu verkaufen
Spitze 15, am Markt.

Burghardt & Becher Leipziger Straße 10
Haus- und Küchengeräte.

Drogen etc.

Bismarck-Drogerie W. Schuberth, Kronprinzenstr. 19 — Drogen — Parfümerien — Farben Hautcreme — Zahnpasten.

Carl Saatz
Drogen, Parfümerien und Bürstenwaren.
Rannischestr. 6.

Bruno Pretzsch, Chemikalien, Farben, Parfümerien Toilette- und Haushaltungsseifen
Moritzzwinger 1. — Fernsprecher 5350.

Central-Seifenhaus Seifen, Waschmittel, Bohnerwachs, vorzügl. preisw. Ware
Hans Hirsch, Breitestrasse 6.

Drogerie Osswald Nachf., Geiststrasse 34 Telephon 1217.
Farben, Lacke, Pinsel — Gummiw., Verbandstoffe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220321-19/fragment/page=0006